1. September 2010

Aufgabenüberprüfung des Bundes Umsetzungsplanung

Bericht über die Ergebnisse der Vernehmlassung

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	3
1.1	Ausgangslage	3
1.2	Inhalt des Vernehmlassungsberichts	3
1.3	Angaben zum Vernehmlassungsverfahren	3
2	Auswertung der Stellungnahmen	5
2.1	Allgemeine Beurteilung der AÜP Umsetzungsplanung	5
2.1.1	Kantone und kantonale Direktorenkonferenzen	
2.1.2	Politische Parteien	
2.1.3	Gemeinden, Städte und Berggebiete	6
2.1.4	Spitzenverbände	
2.1.5	Weitere interessierte Kreise	7
2.2	Beurteilung der einzelnen Massnahmen	8
2.2.1	Institutionelle und finanzielle Voraussetzungen	8
2.2.2	Ordnung und öffentliche Sicherheit	
2.2.3	Politische Beziehungen zum Ausland	
2.2.4	Entwicklungszusammenarbeit	
2.2.5	Wirtschaftliche Beziehungen zum Ausland	
2.2.6	Landesverteidigung	
2.2.7	Bildung und Forschung	
2.2.8	Kultur und Freizeit	
2.2.9	Gesundheit	
2.2.10	Soziale Wohlfahrt	
2.2.11	Arbeitsmarkt / Wohnbauförderung	
2.2.12	Migration	
2.2.13	Verkehr	
2.2.14	Umwelt und Raumordnung	
2.2.15	Landwirtschaft	
2.2.16	Wirtschaft	
2.2.17	Energie und Forstwirtschaft	
2.3	Alternative Massnahmenvorschläge	16
2	Aughliak	16

Anhang

- Liste der Vernehmlassungsteilnehmenden
- II Umsetzungsplanung AÜP: Massnahmen und Meilensteine

1 Einleitung

1.1 Ausgangslage

Mit der Aufgabenüberprüfung (AÜP) will der Bundesrat eine langfristig tragbare Finanzpolitik gewährleisten. Zwei Ziele leiten das Vorhaben: Erstens sollen die Bundesausgaben bis ins Zieljahr 2015 höchstens im Mass der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung wachsen – die Staatsquote kann so stabilisiert werden. Zweitens sollen sich die einzelnen Aufgabengebiete gemäss spezifischen Wachstumsraten entwickeln. Damit wird verhindert, dass gesetzlich stark gebundene und kurzfristig kaum beeinflussbare Ausgaben andere Bundesleistungen, die schwächer verankert, aber volkswirtschaftlich dennoch wichtig sind, schrittweise aus dem Budget verdrängen. Beide Ziele hat der Bundesrat quantifiziert: Als Wachstumsziel für den Gesamthaushalt hat er das langjährige nominale Wirtschaftswachstum von 3 Prozent gewählt. Daraus und gestützt auf politische Schwerpunkte hat er für die einzelnen Aufgabengebiete ein Prioritätenprofil mit einer je spezifischen Wachstumsvorgabe abgeleitet.

1.2 Inhalt des Vernehmlassungsberichts

Der zur Vernehmlassung vorgelegte *Bericht zur Umsetzung der Aufgabenüberprüfung* umfasst rund 80 Massnahmen in Form von Aufgabenverzichten, Leistungsreduktionen und Strukturreformen. Die Umsetzung dieser Massnahmen erfolgt auf zwei Arten: Vorhaben mit rascher Entlastungswirkung und geringem Rechtsänderungsbedarf werden als Teil des vom Bundesrat beantragten Konsolidierungsprogramms (KOP) realisiert. Tiefer greifende und komplexere Reformen, die mehr Zeit für Detailplanung und Implementierung beanspruchen, sollen mit separaten Vorlagen vorangetrieben werden. Diese zweite Gruppe mit knapp 30 Massnahmen steht im Zentrum des Berichts zur Umsetzungsplanung. Der Bericht dient in erster Linie als Planungs- und Steuerungsgrundlage, bietet gleichzeitig aber auch eine Gesamtschau über die Ergebnisse der Aufgabenüberprüfung.

Parallel zur Aufgabenüberprüfung wurde den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Vernehmlassung auch das Konsolidierungsprogramm 2011–2013¹ zur Stellungnahme unterbreitet.

1.3 Angaben zum Vernehmlassungsverfahren

Am 14. April 2010 wurde das Vernehmlassungsverfahren zum Konsolidierungsprogramm des Bundesrats und zum Bericht zur Umsetzungsplanung der Aufgabenüberprüfung eröffnet. Mit Blick auf den engen Zeitplan für die rechtzeitige Verabschiedung von Botschaft und Gesetzesentwurf zum KOP an die Bundesversammlung hat der Bundesrat beschlossen, die Vernehmlassung gestützt auf Artikel 7 Absatz 3 des Vernehmlassungsgesetzes vom 18. März 2005 (VIG; SR 172.061) im Dringlichkeitsverfahren durchzuführen. Für die schriftlichen Stellungnahmen wurde dazu ein Zeitraum von sechs Wochen, d.h. vom 14. April bis 28. Mai 2010 festgesetzt. Gleichzeitig hat der Bundesrat in dieser Periode vier konferenzielle Vernehmlassungsrunden veranstaltet, die für die unterschiedlichen Vernehmlassungsteilnehmenden wie folgt durchgeführt wurden:

3/32

¹ http://www.efd.admin.ch/themen/00796/01673/index.html?lang=de.

- 19. Mai 2010: Nicht-Regierungsparteien auf Bundesebene
- 20. Mai 2010: Regierungsparteien auf Bundesebene
- 21. Mai 2010: Dachverbände der Gemeinden, Städte und Berggebiete sowie der Wirtschaft
- 27. Mai 2010: Kantonale Direktorenkonferenzen

Im Rahmen des schriftlichen Verfahrens gingen 355 Stellungnahmen ein. Davon entfallen 39 auf die offiziell zur konferenziellen und schriftlichen Vernehmlassung eingeladenen Körperschaften. Die verbleibenden 316 eingegangenen Reaktionen stammen von weiteren interessierten Kreisen. (Die detaillierte Liste der Vernehmlassungsteilnehmenden findet sich in Anhang I.) Während sich die zur Stellungnahme eingeladenen Organisationen mehrheitlich zu beiden Vorlagen geäussert haben, d.h. zum KOP und zum Bericht zur Umsetzungsplanung AÜP, beschränkt sich eine grosse Mehrheit der übrigen Stellung nehmenden interessierten Kreise auf spezifische sektorielle Aspekte des Konsolidierungsprogramms. Im Vordergrund stehen dabei die Themen bzw. Politikbereiche Nationalgestüt, Landwirtschaft gefolgt von Umwelt und Umwelttechnologie, Verkehr, Gesundheit und Prävention sowie Denkmal- und Heimatschutz. Eine Übersicht über die eingegangenen Stellungnahmen gibt die nachfolgende Aufstellung:

	Einladung zur Stellungnahme	Eingegangene Stellungnahmen
Kantone sowie kantonale Direktorenkonferenzen	31	21
Politische Parteien	14	8
Dachverbände der Gemeinden, Städte und Berggebiete	3	3
Dachverbände der Wirtschaft	8	7
Interessierte Kreise (Verbände, Vereine, Organisationen, Firmen)	_	316
Total	56	355

Systematische alternative Massnahmenkataloge wurden von der SP, der SVP, economiesuisse und der SAB unterbreitet.

Der vorliegende Bericht konzentriert sich auf die in separaten Vorlagen umzusetzenden, tiefer greifenden Massnahmen der Aufgabenüberprüfung. Die Stellungnahmen zu den im KOP enthaltenen AÜP-Massnahmen (KOP: Massnahmenpaket IV) werden im separaten Bericht über die Vernehmlassungsergebnisse zum KOP zusammengefasst.²

_

² Veröffentlicht auf der Internetseite der BK: http://www.admin.ch/ch/d/gg/pc/ind2010.html#EFD.

2 Auswertung der Stellungnahmen

2.1 Allgemeine Beurteilung der AÜP Umsetzungsplanung

2.1.1 Kantone und kantonale Direktorenkonferenzen

Die KdK, die Kantone LU, UR, ZG, SH, AG, TG, GE, JU, VD sowie der Schweizerische Gemeindeverband kritisieren die mit sechs Wochen im Dringlichkeitsverfahren durchgeführte Vernehmlassung für die AÜP-Umsetzungsplanung und das KOP. Diese ausserordentlich kurze Frist verunmögliche nicht nur die seriöse Prüfung der komplexen und mit grosser finanzieller Tragweite verbundenen Vorlagen, sie sei auch gesetzlich kaum zulässig. Die KdK und der Gemeindeverband fordern, dass sämtliche Massnahmen der AÜP den Kantonen in der ordentlichen Vernehmlassungsfrist von 3 Monaten vorgelegt werden. Sie verlangen überdies eine frühzeitige Einbindung der Kantone bei der AÜP, insbesondere für die Festlegung der langfristigen Strategie und der Wachstumsraten in Aufgabengebieten, wo die Kantone direkt tangiert sind.

KdK, BPUK, KÖV sowie die Kantone ZG, BL, SH, AG, TG, TI, GE, VD fordern generell, dass sich der Bund im Rahmen seiner Strategien zur Haushaltstabilisierung nicht kurzfristig aus einer Verbundaufgabe zurückzieht, die nicht tatsächlich abgebaut werden kann. Insbesondere erachten sie es nur zwei Jahre nach Einführung der NFA als verfehlt, die Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen neu aufzurollen. Sinngemäss werden alle Massnahmen abgelehnt, die mit den politischen Prioritäten des Bundes und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen nicht vereinbar sind. Schliesslich soll bei den Reformen die Bedeutung eines Aufgabengebiets für Wirtschaft, Umwelt und Gesellschaft besser Rechnung getragen werden.

2.1.2 Politische Parteien

Die **FDP/Liberalen** und die **CVP** begrüssen im Grundsatz den Bericht zur Umsetzungsplanung AÜP. Dabei bemängelt die **FDP** das zögerliche Vorgehen des Bundesrats in der Aufgabenüberprüfung und das bescheidene Entlastungsvolumen. Sie fordert die Prüfung weitergehender Aufgabenverzichte und die Ausdehnung des Massnahmenvolumens auf mindestens 2.5 Milliarden.

Die **SVP** erachtet den Bericht für unzureichend. Sie kritisiert erstens die viel zu optimistische Annahme für das BIP-Wachstum und in der Folge das ungenügende Sparvolumen, zweitens moniert sie ein langwieriges und zaghaftes Vorgehen des Bundesrats, das ein kurzfristiges Konsolidierungsprogramm überhaupt erst nötig macht. Stattdessen fordert sie eine konsequente Überprüfung der Bundesaufgaben mit gezielten und substantiellen Leistungsverzichten in fast allen Aufgabengebieten.

Die **SP** weist eine ausgabenseitig orientierte Strategie zur Haushaltstabilisierung zurück. Während sie sich grundsätzlich nicht gegen effizienz- und effektivitätssteigernde Massnahmen stellt, lehnt sie Verzichte und Reduktionen bei zentralen staatlichen Aufgaben sowie solchen, welche Kostenverlagerungen auf die anderen Gemeinwesen zur Folge haben, klar ab. Dies betrifft namentlich die Bereiche Infrastruktur, Klima, Bildung, Gesundheit. Um hier nachhaltige Investitionen sicher stellen zu können, erachtet die SP ein Ausgabenwachstum von jährlich 4 Prozent für nötig.

Die **Grünen** lehnen die Massnahmen der Aufgabenüberprüfung generell ab. Sie kritisieren insbesondere, dass die verschiedenen Steuervorlagen das strukturelle Defizit erst verursacht haben, das es nun mit einem Konsolidierungsprogramm auf der Ausgabenseite wieder zu

bereinigen gilt. Statt dieser rückwärtsgerichteten Finanzplanung, die die Innovationskraft der Schweiz namentlich in der Klimapolitik schwäche oder auch die Kosten des Sozialwesens auf Kantone und Gemeinden überwälze, brauche der Bund zusätzliche Einnahmen. Die Partei fordert eine weitsichtige und kohärente Planung der Bundesaufgaben und deren Finanzierung, welche langfristige Perspektiven eröffnen soll.

Die **CSP** bedauert, dass die Aufgabenüberprüfung zu einer reinen Spar- und Streichübung verkommen ist, zumal die deutlich besser als geplant abgeschlossenen Staatsrechnungen der vergangenen Jahre darauf hinweisen, dass grosse Ausgabendisziplin geübt wurde. Zu den tiefer greifenden Reformen des Berichts zur Umsetzungsplanung äussert sich die CSP nicht.

Die **EVP** misst den beiden Zielen der AÜP (Stabilisierung Staatsquote, spezifische Wachstumsziele für Aufgabengebiete) grosse Bedeutung für einen nachhaltigen Bundeshaushalt bei und begrüsst grundsätzlich den Bericht zur Umsetzungsplanung der Aufgabenüberprüfung. Für eine nachhaltige Haushaltpolitik sei die periodische Überprüfung der Bundesaufgaben wichtig. Sie hält gleichzeitig fest, dass Steuererleichterungen wie die Unternehmenssteuerreform III angesichts der teils vorschnellen Steuervorlagen nicht mehr vertretbar seien. Zu den Massnahmen in den einzelnen Aufgabengebieten äussert sich die **EVP** vorläufig generell, um im Rahmen der jeweiligen Vernehmlassungen eingehender Stellung zu nehmen.

Die **EDU** begrüsst die Aufgabenüberprüfung des Bundes und stimmt den vorgelegten Massnahmen im Grundsatz zu.

2.1.3 Gemeinden, Städte und Berggebiete

Der Schweizerische Städteverband (SSV) begrüsst im Grundsatz eine periodische Überprüfung der Bundesaufgaben im Sinne der AÜP. Er erhofft sich dabei den Abbau von Doppelspurigkeiten, was namentlich im Zuge der Departementsreform möglich wäre. Die geäusserte Kritik gilt insbesondere jenen Massnahmen, wo Lastenverschiebungen auf Städte und Gemeinden befürchtet werden. Betreffend Vernehmlassungsfrist bedauert der SSV das unüblich rasche Vorgehen des Bundesrates. Der Verzicht auf ein ordentliches Verfahren sei unverständlich, zumal beide Vorlagen für alle Staatsebenen erhebliche Tragweite aufweisen und eine gründliche Prüfung erfordern.

Der Schweizerische Gemeindeverband protestiert gegen die verkürzte Vernehmlassungsfrist, die eine vertiefte Prüfung der Vorlagen und eine ernstzunehmende Konsultation seiner teils im Milizsystem arbeitenden Mitglieder verunmögliche. Grundsätzlich hält der Verband die Aufgabenüberprüfung zur Stabilisierung der Bundesfinanzen für unterstützenswert. Die daraus abgeleiteten Massnahmen dürften aber nicht zu direkten oder indirekten Mehrbelastungen der Kantone und mithin der Gemeinden führen, da für letztere keine Kompensationsmöglichkeiten bestünden. Sodann wird kritisiert, dass strukturelle Probleme insbesondere in den Bereichen Bildung, Gesundheitswesen und Soziale Wohlfahrt ausgeklammert blieben, was zu überdurchschnittlichen Wachstumsraten führe. Schliesslich fordert der Gemeindeverband, dass eine grundsätzliche Diskussion über die Aufgabenüberprüfung geführt wird, bevor einzelne Massnahmen umgesetzt werden.

Die Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für Berggebiete (SAB) moniert zunächst die ausserordentlich kurze Vernehmlassungsfrist, für die sie angesichts des bisherigen Projekttempos der Aufgabenüberprüfung keine wesentlichen Gründe erkennen kann. In materieller Hinsicht äussert sich die SAB kritisch zu den Wachstumspfaden der Aufgabengebiete. Die Priorisierung der Sozialen Wohlfahrt sowie der Bildung und Forschung namentlich auch zu Lasten des Verkehrs wird zurückgewiesen. Im Weiteren wird gefordert, dass auch nichtformelle, aber faktische Lastenverschiebungen auf Kantone und Gemeinden konsequent vermieden werden. Schliesslich hält die SAB fest, dass Effizienzpotentiale im Rahmen der NFA besser zu nutzen und im Sinne des Postulats Maissen (08.3347) der Aufgabenüberprüfung anzurechnen seien.

2.1.4 Spitzenverbände

Economiesuisse und der Schweizerische Arbeitgeberverband verweisen auf die grosse Bedeutung einer nachhaltigen Finanzpolitik für Stabilität und Standortgunst der Schweiz. Sie unterstützen Ansatz und Ziele der Aufgabenüberprüfung und begrüssen die eingeschlagene ausgabenseitige Stossrichtung. Zum einen habe der Bundeshaushalt mit Blick auf die Einnahmenentwicklung gemessen am BIP kein Einnahmenproblem. Zum andern vermöchten einnahmenseitige Massnahmen das Grundproblem der latenten Labilität der Bundesfinanzen - das strukturell und teils durch Automatismen bedingte anhaltend hohe Ausgabenwachstum - nicht zu lösen. Hier sei eine Aufgabenüberprüfung, welche Änderungen von Ausgabenstruktur und Ausgabenmechanismen ermöglicht und im Grundsatz besser sei als budgetäre Entlastungsprogramme, unumgänglich. Die bisherigen Ergebnisse gingen indes deutlich zu wenig weit, wie die Notwendigkeit des KOP zeige, die sich auch als Folge unterbliebener oder zu schwacher Strukturreformen ergeben habe. Auch mit Blick auf die drohenden Mehrbelastungen erweise sich der Umfang der vorgeschlagenen Massnahmen als bescheiden; diese seien überdies mit Blick auf die vorgeschlagenen Strukturreformen in den grossen Aufgabengebieten (soziale Wohlfahrt, Landesverteidigung, Bildung und Forschung, Verkehr, Landwirtschaft) in aller Regel auch vage. Angesichts der gesetzlichen Bindung eines Grossteils der Bundesausgaben und deren hohen Anteile im Transferbereich seien solche Strukturreformen aber für eine nachhaltige Haushaltpolitik unabdingbar. Besonders kritisiert werden die vorgeschlagenen Aufgabenverzichte und -reduktionen, die finanzpolitisch kaum ins Gewicht fallen. Als zu gering wird auch das Entlastungsvolumen der vorgesehenen Effizienzund Effektivitätsgewinne betrachtet.

Der Kaufmännische Verband Schweiz (KV) steht einer periodischen Aufgabenüberprüfung grundsätzlich positiv gegenüber. Zum Ziel einer langfristig stabilen Staatsquote macht er aber darauf aufmerksam, dass eine höhere Staatsquote als sie die Schweiz gegenwärtig aufweist, das Wirtschaftswachstum nicht per se beeinträchtigt, wie dies die Entwicklung in den nordischen Ländern zeigt. Generell wird angeregt, auf eine übereilte Umsetzung der vorgeschlagenen Massnahmen in Zeiten erheblicher konjunktureller Unsicherheit zu verzichten, solange eine positive Wirkung nicht wirklich nachgewiesen werden kann.

Travail Suisse kann sich mit der Aufgabenüberprüfung im Grundsatz einverstanden erklären, sofern die Aufgabenerfüllung einer rigiden Sparabsicht vorangestellt wird. Generell soll dabei auf Sparmassnahmen in Aufgabengebieten, welche für die Wettbewerbsfähigkeit und den Arbeitsmarkt der Schweiz wie z.B. die Umwelttechnologie zukunftsweisend sind, verzichtet werden.

Der Schweizerische Gewerkschaftsbund SGB hält die Notwendigkeit für die Aufgabenüberprüfung nicht für erwiesen. Begründet wird diese Einschätzung zum einen mit grundlegender Kritik an der Schuldenbremse, die aus methodischen Mängeln strukturelle Defizite überschätze. Typischerweise sei in den vergangenen Jahren aus diesem Grund regelmässig von zu tiefen Bundesseinnahmen ausgegangen worden.

Der Schweizerische Gewerbeverband SGV sowie der Schweizerische Bauernverband SBV äussern sich in ihren Stellungnahmen zum KOP, nicht aber zum Bericht Umsetzungsplanung AÜP.

2.1.5 Weitere interessierte Kreise

Zu einzelnen Massnahmen aus spezifischen Interessenbereichen haben sich die folgenden Organisationen und Verbände geäussert: Schweizerischen Gehörlosenbund und Procap, Transfair, WWF, VCS, Schweizer Tourismus Verband, Gastrosuisse, Verband verladende Wirschaft VAP, BauenSchweiz, der Schweizerische Baumeisterverband, der Fachverband Infra sowie die Fédération des Entreprises Romandes.

2.2 Beurteilung der einzelnen Massnahmen

FDP, **SVP**, **CVP** und **economiesuisse** begrüssen grundsätzlich die vorgeschlagenen Massnahmen. Während die CVP aber nicht alle Massnahmen für umsetzungsfähig hält (s. unten), fordern die FDP generell sowie die SVP und economiesuisse mit konkreten Vorschlägen einen deutlichen Ausbau des Massnahmenkatalogs und der Reformtiefe. Umgekehrt lehnt die **SP** tendenziell alle ausgabenseitigen Massnahmen, d.h. Aufgabenverzichte oder -reduktionen, ab.

2.2.1 Institutionelle und finanzielle Voraussetzungen

Economieuisse begrüsst die vorgeschlagenen Reformen im Grundsatz. Weitere Massnahmen erscheinen ihr angesichts des markanten Stellenwachstums beim Bundespersonal möglich.

Die **EVP** bedauert, dass die Parlamentsdienste (PD) nicht an der Aufgabenüberprüfung teilnehmen. Zwar leisten die PD insgesamt hervorragende Arbeit, gleichwohl bestünden auch hier namentlich im Kommunikationsbereich Reduktionspotentiale.

• Programm INSIEME

Der **Kanton ZG** begrüsst die Massnahme, zumal im Projekt sicher gestellt sei, dass die Kantone ihre Anliegen einbringen können.

• Effizienzsteigerungen im IKT-Bereich

EVP und **EDU** begrüssen die Zentralisierung der Informatikdienste der Bundesverwaltung. Die **EVP** regt überdies an, den Einsatz von Open-Source-Lösungen vermehrt zu prüfen. Sie hegt umgekehrt erhebliche Zweifel gegenüber dem Einsparpotential des Programms E-Government Finanzen und äussert überdies grossen Vorbehalt gegenüber der restriktiven Umsetzung des E-Billing, bei dem nur noch Lieferanten mit elektronischer Rechnungsstellung berücksichtigt werden sollen. Die **EDU** weist auf die Notwendigkeit einer Analyse von Daten- und Systemsicherheit gegenüber internationalen Hackerangriffe hin und regt an, die umfangreichen Übertragungsnetze des VBS vermehrt für die gesamte Bundesverwaltung zu öffnen.

Der Kanton **ZG** begrüsst im Grundsatz die Massnahmen. Er beantragt indes, IT-Anwendungen und System im Bereich Polizei und Strafverfolgung gemeinsam durch Bund und Kantone zu projektieren und zu betreiben, da hier langfristig Synergien genutzt und Kosten eingespart werden können.

• Straffung des Portfolios bei den zivilen Bundesbauten

Die **EVP** begrüsst die Massnahme, falls damit erhebliche Einsparungen beim Unterhalt erzielt werden können. Sie ist aber generell dagegen, dass "das Tafelsilber verscherbelt" werde, zumal die spätere Anmietung neuer Objekte nicht immer billiger zu stehen komme.

• Zukünftige Ausrichtung von MeteoSchweiz

Für **economiesuisse** ist das Sparpotential dieser Massnahme fraglich. Der **SGB** lehnt die Massnahme ab, da die Bereitstellung von Wetter- und Klimainformationen eine klassische öffentliche Aufgabe sei.

• Finanzielle Beteiligung der Kantone an der Erhebung von Geodaten

Für die **SP**, die **BPUK** sowie den Kanton **ZG** handelt es sich bei der vorgeschlagenen Massnahme um eine Lastenverschiebung auf die Kantone, aus der keine echte Einsparung ergeht. Der Kanton **ZG** weist überdies auf die bisherige Arbeits- und Lastenteilung in der Geodaten-Produktion hin. Die Massnahme wird daher abgelehnt. Er beantragt zudem, die kom-

merzielle Nutzung von Geodaten einer Gebührenpflicht zu unterstellen. Der Kanton **FR** äussert grössere Vorbehalte gegenüber der Massnahme, da zahlreiche relevante Fragen im Beschrieb offen bleiben, namentlich müssten die technischen und finanziellen Bedingungen der gemeinsamen Nutzung auch für die Kantone interessant sein.

Umgekehrt begrüsst die **EDU** die Massnahme, die eine koordinierte Erhebung und Nutzung der schweizerischen Geodaten durch Bund und Kantone vorsieht.

• Prüfung einer Reduktion der Anzahl ausserparlamentarischer Kommissionen

Die **EDU** sowie der **Kanton ZG** begrüssen die Massnahme, bei Bedarf könnten ad-hoc bestellte Arbeitsgruppen eingesetzt werden. **ZG** regt überdies an, die Massnahme auch auf Kommissionen des Parlaments und der Bundesverwaltung auszudehnen.

• Überprüfung der Ruhestandsregelungen bei besonderen Personalkategorien

EVP, **EDU**, der Kanton **ZG** sowie **economiesuisse** unterstützen die Massnahme, nicht nur aus finanz-, sondern auch aus personalpolitischen Gründen. Derart grosszügige Vorruhestandregelungen seien kaum mehr zeitgemäss, hätten aber immer noch Signalwirkung auf andere öffentliche Arbeitgeber. Da die neue Regelung gegenüber anderen Mitarbeitergruppen immer noch grosszügig sei und angemessene Übergangsfristen vorgesehen seien, dürfe die Massnahme als zumutbar bezeichnet werden.

SGB und Transfair lehnen die Massnahme ab. Während der SGB eine weitere Kürzung nach dem Abbau im Zug der Einführung des Beitragsprimats für unangemessen hält, hält Transfair die Sonderregelung beim GWK durch die hohe physische (Schichtarbeit) und psychische Belastung (erhöhtes Risiko), beim Berufsmilitär durch die geleisteten und nicht abgegoltenen Überstunden für gerechtfertigt.

2.2.2 Ordnung und öffentliche Sicherheit

Stabilisierung des Bestands des Grenzwachtkorps

Die **EVP** begrüsst die Massnahme.

Der Kanton **ZG** begrüsst die Massnahme und beantragt, die Leistungen des GWK auf die Aufgaben gemäss Zollgesetz zu konzentrieren und eine kostendeckende Entschädigung bei jenen Kantonen zu erheben, die mit dem GWK Vereinbarungen über polizeiliche Dienstleistungen abgeschlossen haben. Gleichermassen soll das GWK auf polizeiliche Aufgaben verzichten, die zu einem Aufbau von Parallelstrukturen führen. Es sei ordnungspolitisch fragwürdig und mit einer Ungleichbehandlung zu Lasten der Binnenkantone verbunden, wenn Grenzkantone aufgrund von Leistungsvereinbarungen mit dem GWK Polizeikräfte einsparen können.

Der **SGB** lehnt die Massnahme ab, da die Belastung der personellen Ressourcen bereits jetzt enorm und der Bedarf für erhöhte Präsenz ausgewiesen sei.

• Zukünftige Ausrichtung des Schweizerischen Instituts für Rechtsvergleichung (SIR)

Der Kanton **VD** lehnt eine Auslagerung des SIR oder eine Kürzung der bisherigen Bundesmittel ab, da er überzeugt ist, dass das SIR seine bisherige Tätigkeit auf diese Weise nicht mehr ausüben kann.

2.2.3 Politische Beziehungen zum Ausland

• Optimierung des Schweizerischen Aussennetzes

Die **CVP** und die **EVP** begrüssen das Massnahmenpaket und erhoffen sich davon einen effizienteren Mitteleinsatz. Die **CVP** kritisiert an dieser Stelle die derzeitige Förderung der Frühpensionierung im EDA als Schein-Sparmassnahme, die lediglich eine Verlagerung der Kosten auf die Pensionskasse bzw. die Steuerzahlenden bedeute.

• Reform der Finanzierung von FIPOI-Darlehen

Die **EVP** begrüsst die Massnahme.

2.2.4 Entwicklungszusammenarbeit

SP, **Grüne** und **EVP** fordern, dass der Anteil der öffentlichen Entwicklungshilfe der Schweiz bis 2015 auf 0.5 Prozent am BNE angehoben wird. Das Parlament habe in mehreren Entscheiden dazu seinen Willen bekräftigt. Als Land, das besonders an der weltweiten Arbeitsteilung partizipiert und davon profitiert, müsse die Schweiz aus humanitären und wirtschaftlichen Gründen ihren Beitrag leisten, dass alle gesellschaftlichen Gruppen an der globalisierten Wirtschaft teilhaben könnten. Als mögliche Finanzierungsquellen schlägt die **EVP** eine Finanztransaktionssteuer oder eine europäisch abgestimmte Kerosinsteuer vor.

Für **economiesuisse** hat die Vermeidung von Mehrbelastungen generell Priorität. Aus der vorgeschlagenen Erhöhung der öffentlichen Entwicklungshilfe auf 0.5 Prozent des Bruttonationaleinkommens ergäbe sich eine empfindliche Mehrbelastung. Synergien bzw. Entlastungen in der Entwicklungszusammenarbeit könnten über eine Konzentration des Engagements auf weniger Schwerpunktländer, durch eine verbesserte Abstimmung der Tätigkeiten von DEZA und SECO sowie mit Wirkungskontrollen bei humanitären Aktionen erzielt werden.

2.2.5 Wirtschaftliche Beziehungen zum Ausland

In diesem Aufgabengebiet wurden mit dem Bericht zur Umsetzungsplanung keine Massnahmen unterbreitet.

2.2.6 Landesverteidigung

• Weiterentwicklung der Sicherheitspolitik

CVP und **EVP** begrüssen die Weiterentwicklung der Sicherheitspolitik und erachten die skizzierten Reformideen als notwendig. Die **CVP** bedauert, dass weder Sicherheitspolitischer Bericht noch Armeebericht die erforderliche Klarheit und Präzision aufweisen. Solange die notwendige Transparenz über den aktuellen Zustand der Armee nicht gegeben sei, machten Aussagen über Sparmassnahmen und Reformen aber keinen Sinn. Für die **EVP** ist eine Reduktion der Bestände unumgänglich, um die Betriebskosten zur Gewährleistung des Technologieniveaus zu senken. Der Zusammenhang von Bestand und Betriebskosten wird auch von **economiesuisse** festgestellt, ohne dass von dieser Seite aber eine Reduktion gefordert wird. Hingegen erblickt economiesuisse ein gewisses zusätzliches Sparpotential bei den Militärattachés sowie generell im Personalbestand der VBS-Verwaltung.

Der Kanton **ZG** weist auf die Notwendigkeit hin, die Kantone bei allen strategischen Fragen und Projekten der Verbundaufgaben im Bereich der Nationalen Sicherheitskooperation oder des im Sicherheitspolitischen Bericht neu geschaffenen Begriffs des "Sicherheitsverbunds" frühzeitig einzubeziehen.

Erschliessung von Synergiepotenzialen bei den Zivilen Nachrichtendiensten

Die **SP** befürwortet die Massnahme, falls tatsächlich Synergien genutzt werden, lehnt aber eine Leistungsreduktion ab.

2.2.7 Bildung und Forschung

SVP, **EVP** und **economiesuisse** anerkennen die Bedeutung von Bildung und Forschung für die Standortgunst der Schweiz. Angesichts der hohen jährlichen Wachstumsraten sowie den bereits ausserordentlich hohen Ausgaben von Bund, Kantonen und Gemeinden sei eine gewisse Drosselung sowie Priorisierung in diesem Aufgabengebiet angezeigt und zumutbar.

· Priorisierungen in der Ressortforschung

Economiesuisse unterstützt die vorgeschlagene Massnahme.

2.2.8 Kultur und Freizeit

SVP und **economiesuisse** orten generell deutlich höhere Spar- und Priorisierungspotentiale.

Stabilisierung des J+S-Angebots sowie Beschränkung des Studienzugangs an der Eidg. Hochschule für Sport in Magglingen

Die **SP** und die **EDU** lehnen die vorgeschlagene Massnahme aus gesundheitspolitischen Gründen sowie mit Blick auf drohende Folgekosten aufgrund von Bewegungsmangel ab.

Die **EVP** ist mit den vorgeschlagenen Massnahmen grundsätzlich einverstanden, weist aber auf die Bedeutung der J+S-Arbeit hin bei der Gewaltprävention und Integration. Sie fordert überdies, das Nationale Sportanlagenkonzept, aus dem nicht eine Daueraufgabe resultieren dürfe, auf ein Minimum zu beschränken. Generell wird der Bundesrat aufgefordert, auch im Bereich der Kulturförderung eine Verzichtsplanung zu betreiben.

Der Kanton **ZG** erachtet das Aufnahmemoratorium im Bereich J+S für unausgewogen; wenigstens olympische Disziplinen sollten davon ausgenommen werden.

Der Kanton **FR** weist daraufhin, dass im als Folge eines Numerus Clausus der EHSM mit Ausweicheffekten auf kantonale Angebote zur rechnen ist.

2.2.9 Gesundheit

• Neuregelung Prävention und Gesundheitsförderung

Die **CVP** und **economiesuisse** sind der Auffassung, dass der Bundesrat mit der vorliegenden Massnahme allein im Präventionsbereich den grossen Herausforderungen in der Gesundheit nicht angemessen Rechnung trägt. Die **CVP** fordert eine ganzheitliche Gesundheitsstrategie für die Schweiz, welche die Aktivitäten von Bund und Kantonen umfassend überprüft. **Economiesuisse** fordert zur Eindämmung der anhaltend wachsenden Bundesbeiträge an die Individuelle Prämienverbilligung verstärkte Anstrengungen aus dem bekannten Massnahmenspektrum (z.B. Aufhebung Vertragszwang, Reduktion KVG-Leistungskatalog, Verbesserung Risikoausgleich, Abbau von Überkapazitäten).

Die **EDU** sowie der Kanton **ZG** sind gegen die Schaffung eines neuen Instituts für Prävention und Gesundheitsförderung, da mit der Stiftung Gesundheitsförderung Schweiz bereits eine geeignete Struktur bestehe, und fordern eine Optimierung der bestehenden Tätigkeiten. Der Kanton **ZG** fordert überdies, dass die Mitbestimmung der Kantone bei der Festlegung der strategischen Vorgaben auch im Rahmen der AÜP verankert und die Verwendung des KVG-

Prämienzuschlags weiterhin durch die Kantone verantwortet werde. Der Kanton **VD** befürchtet, dass der angestrebte Spareffekt in Form einer Kürzung des Bundesbeitrags faktisch zu einer Lastenverschiebung auf die Kantone führe.

Die **EVP** ist mit der effizienteren Verwaltung und Verteilung der erhobenen Präventionsabgabe einverstanden. Sie weist auf die Notwendigkeit einer periodischen Neufokussierung der eingesetzten Mittel – beispielsweise in der Suizidprävention – hin.

2.2.10 Soziale Wohlfahrt

Für die **CVP** und **economiesuisse** greifen die vorgeschlagenen Massnahmen in der Sozialen Wohlfahrt generell zu kurz. Sie fordern, wie auch die Kantone **ZG**, **FR** und **VD**, eine umfassende Betrachtung und Analyse der Sozialwerke. Der Kanton **VD** befürchtet insbesondere, dass die isolierte Betrachtung und Umsetzung einer Reformmassnahme das ganze System der Sozialwerke destabilisieren könnten, und fordert, dass Bund und Kantone einvernehmlich und koordiniert in der ganzen Problematik zusammenarbeiten.

Zur nachhaltigen Stabilisierung der Staatsquote fordern CVP, EVP, economiesuisse und der Schweizerische Arbeitgeberverband für den Bereich der Sozialwerke die Einführung einer Fiskalregel in allen Versicherungszweigen. Während für economiesuisse, den Arbeitgeberverband wie auch für die EDU künftige Lücken in erster Linie auf der Leistungsseite zu bereinigen sind, bevorzugt die EVP einen Mix von einnahmen- und ausgabenseitigen Massnahmen. Einnahmenseitig fordert die EVP die Einführung einer nationalen Erbschaftsund Schenkungssteuer zur Finanzierung der Sozialwerke, wobei angemessene Freigrenzen vorzusehen seien.

Die **EDU** fordert Massnahmen, welche schwergewichtig auf der Ausgabenseite ansetzen; das Ausgabenwachstum von 4.4 Prozent sei deutlich zu reduzieren.

Der **SSV** hält fest, dass Sparmassnahmen bei AHV und IV nicht zu Lastenverschiebungen auf Kantone, Städte und Gemeinden führen dürften.

• Umfassende Rentenreform in der AHV und Neuregelung des Bundesbeitrags

Economiesuisse und der **Arbeitgeberverband** sind mit der skizzierten Stossrichtung für die 12. AHV-Revision und der vorgeschlagenen Neuregelung des Bundesbeitrags einverstanden, die **EVP** nur, wenn damit das bisherige Rentenniveau weitgehend erhalten werden kann. Die EVP weist angesichts der steigenden Lebenserwartung auf die Notwendigkeit eines flexiblen Rentenalters mit klaren Regeln hin, aber auch auf die Bedeutung verbesserter Anreize zum längeren Verbleib im Erwerbsleben.

Der Kanton **ZG** begrüsst im Grundsatz den heute allerdings noch kaum einschätzbaren Reformansatz. Er weist, wie auch die Kantone **FR** und **VD**, auf die Notwendigkeit hin, die AHV als Teil eines integral zu betrachtenden Systems von Sozialversicherungen zu betrachten. Massnahmen müssten daher in einer umfassenden Diskussion, und nicht im Rahmen einer Sparvorlage entschieden werden. In ähnlicher Weise lehnen es **Travail Suisse** sowie die **Fédération des Entreprises Romandes**.ab, dass die 12. AHV-Revision im Rahmen der Aufgabenüberprüfung thematisiert wird. Die Stellungnahme zu den Massnahmen in der Altersversicherung erfolgt daher im Rahmen der Vorlage zur 12. AHV-Revision.

2.2.11 Arbeitsmarkt / Wohnbauförderung

In diesem Aufgabengebiet wurden im Bericht zur Umsetzungsplanung keine Massnahmen unterbreitet. Die eingegangenen generellen Stellungnahmen zu diesem Politikbereich sind im Vernehmlassungsbericht zum KOP berücksichtigt.

2.2.12 Migration

In diesem Aufgabengebiet wurden im Bericht zur Umsetzungsplanung keine Massnahmen unterbreitet. Die eingegangenen generellen Stellungnahmen zu diesem Politikbereich sind im Vernehmlassungsbericht zum KOP berücksichtigt.

2.2.13 Verkehr

Die **CVP** unterstützt die Ausführungen zu den mittelfristigen Reformen im Verkehr. Insbesondere begrüsst sie - wie auch **economiesuisse** - eine stärkere Verursacherfinanzierung im Verkehr, wenngleich im Privatverkehr praxistaugliche Modelle derzeit nicht greifbar seien. Offen und nicht angesprochen bleibe im Bericht aber die Frage der Finanzierungsformen. In keinem anderen Aufgabenbereich sei die Finanzierung so kompliziert und intransparent geregelt wie im Verkehr. Hier wird eine umfassende Überprüfung der bestehenden Finanzierungslösungen gefordert.

Der Kanton VD, BPUK, KÖV, SSV, Gemeindeverband, SAB, Travail Suisse, der Fachverband Infra, der Schweizerische Baumeisterverband sowie der Verband verladende Wirtschaft VAP erachten das Aufgabengebiet Verkehr, namentlich auch den öffentlichen Verkehr, für unterfinanziert. Angesichts der anhaltenden funktionalen Entmischung, der dadurch bedingten steigenden Mobilitätsbedürfnisse sowie des erheblichen Unterhaltsbedarfs wird eine deutlich höhere Wachstumsvorgabe in der Grössenordnung von 4 Prozent gefordert. Diese sei nötig, um wichtige Projekte für einen zukunftsfähigen Schienenverkehr sowie zur Vermeidung von volkswirtschaftlichen Kosten in Form von Staus, Verspätungen und Umweltbelastungen umzusetzen. Travail Suisse regt an, zur Finanzierung die Steuerabzüge für Berufspendler massiv zu kürzen und die Mehreinnahmen für den öffentlichen Verkehr einzusetzen.

• Stärkere Verursacherfinanzierung im Verkehr

CVP, EVP, BPUK, KÖV, der Kanton ZG, economiesuisse, der Schweizer Tourismus Verband STV und Gastrosuisse sowie der Fachverband Infra unterstützen generell eine stärkere Verursacherfinanzierung im Verkehr, wobei economiesuisse ein umfassendes Road Pricing ablehnt. Der Kanton ZG weist auf die Auswirkungen auf die Verkehrsmittelwahl (Modalsplit) hin, die bei einer solchen Massnahme sorgfältig zu studieren seien. VCS, WWF und Travail Suisse fordern, mit der verstärkten Verursacherfinanzierung im öffentlichen Verkehr Zurückhaltung zu üben, um die Verlagerungsziele nicht zu gefährden. Gemäss EVP wäre bei der Strasse grundsätzlich ein umfassendes Road Pricing angezeigt, angesichts der hohen Erhebungskosten sei aber eine Erhöhung der Mineralölsteuer als Ersatzmassnahme zu prüfen. Letzteres wird auch von der BPUK und vom Kanton ZG vertreten.

Umgekehrt fordert **economiesuisse** eine stärkere Verursacherfinanzierung im öffentlichen Verkehr und eine vollständige Entflechtung der Finanzflüsse zwischen Strasse und Schiene. Namentlich ist auf die Quersubventionierung des öffentlichen Verkehrs durch den Strassenverkehr zu verzichten.

SSV und **SAB** begrüssen grundsätzlich die Stossrichtung einer stärkeren Verursacherfinanzierung des Verkehrs. Für die **SAB** ist dies im Bereich des öffentlichen Verkehrs eher denkbar, ein flächendeckendes Road Pricing wird indes abgelehnt.

Der Kanton **VD** äussert grössere Vorbehalte gegen die - zweifellos erst grob skizzierte - Massnahme, die im öffentlichen Verkehr praktisch nur dem Bund nützen dürfte und im Strassenverkehr zu Verlagerungen von den Nationalstrassen auf tiefer klassierte Netze führe.

Der **SGB** ist gegen Mobility-Pricing, da es unsozial und verkehrspolitisch falsch sei, und fordert, auf die Massnahme zu verzichten. Zur Lösung der Finanzierungsprobleme ist für die Verkehrsinfrastruktur langfristig eine solide Finanzierungsbasis zu schaffen.

Anpassung des Bundesbeschlusses über das Nationalstrassennetz: vollständige Kompensation des Mehraufwands

Die **Kantone** lehnen die Massnahme grundsätzlich ab, da sie dem Sinn und Geist der NFA entgegenlaufe. Für den Kanton **VD** darf die Massnahme nur die betroffenen Kantone einschliessen und nicht zu einer allfälligen Verhandlungsmasse für die von den Kantonen geforderten 100 Millionen zur Sicherstellung der NFA-Haushaltneutralität zählen.

Die **EVP** hält die Notwendigkeit einer Verlängerung sowie den Ausbau des Nationalstrassennetzes grundsätzlich für fraglich. Insbesondere sei zu prüfen, inwieweit die Ausbauwünsche anstelle von Entlastungen nicht einfach "Flaschenhälse" auf andere Stellen des Netzes verschieben.

Economiesuisse unterstützt die vorgeschlagene Massnahme. Der **Fachverband Infra** unterstützt die Motion Hany (09.3529), die eine Verwendung der Erträge aus der Erhöhung der Mineralölsteuer und der Autobahnvignette zur Umsetzung des Netzbeschlusses (sowie für die Engpassbeseitigung) fordert.

• Reform regionaler Personenverkehr (RPV): Umstellung Bahn auf Bus

Die **EVP** begrüsst die Schaffung eines einheitlichen Prüfinstruments für die Rentabilität einzelner Bahnlinien. **Economiesuisse** begrüsst die vorgeschlagene Massnahme selbst. Auch der Kanton **ZG** wendet sich nicht gegen die Massnahme, weist aber eine rein kennzahlengeleitete Betrachtung zurück. Namhafte Entlastungen seien erst möglich, wenn ganze Strecken bzw. Fahrzeuge eingespart werden.

Die KÖV, die Kantone UR, FR und VD sowie die SAB, VCS und WWF lehnen die Massnahme ab, der Kanton TI sowie der Schweizer Tourismus Verband und Gastrosuisse äussern sich skeptisch. Bereits heute werde die Wahl des optimalen Verkehrsmittels umfassend abgeklärt. Dabei zeige sich, dass Kostenersparnisse und Effizienzgewinne aus der Umstellung Bahn-Bus nur schwer ermittelbar bzw. erzielbar seien und nur dann realisiert werden könnten, wenn die ganze Schieneninfrastruktur aufgehoben werde. Hinzu komme, dass die Massnahme den öffentlichen Verkehr als Ganzes schwäche und bei den Kunden eine schlechte Akzeptanz aufweise. Der Kanton TI erachtet überdies eine einzige Entscheidungsnorm für die ganze Schweiz für ungeeignet. Die SAB schlägt vor, Verkehrsleistungen vermehrt öffentlich auszuschreiben und kostenreduzierende Effekte des Wettbewerbs zu nutzen.

 Priorisierungen bei der Umsetzung von Baunormen im Bahnverkehr (Investitionen gemäss BehiG und Sicherheit Bahntunnel)

SP, EVP, KÖV, der Kanton ZG, SAB, SGB, VCS, WWF, der Schweizer Tourismus Verband und Gastrosuisse lehnen die Etappierung bei der Umsetzung von Baunormen aus Gründen der Gleichstellung von Behinderten und der Sicherheit ab. Der Kanton ZG schlägt vor, anstelle einer Verzögerung der Umsetzungsfrist die Baunormen kritisch zu prüfen und zu reduzieren. Der Kanton TI weist darauf hin, dass die Massnahme dem politischen Willen des Gesetzgebers und den berechtigten Forderungen der Behinderten zuwiderlaufe. Für die Schweizerische Fachstelle Behinderte und öffentlicher Verkehr, den Schweizerischen Blinden- und Sehbehindertenverband, den Schweizerischen Gehörlosenbund und Procap ist ein Aufschub der baulichen Anpassungen gemäss BehiG um die überaus lange Frist von 35 Jahren nicht akzeptabel. Sie treffe mit den Behinderten die Schwächsten der Gesellschaft und nehme den verstärkten Aktivitäten zur Umsetzung des BehiG in den vergangenen Jahren den Schwung. Überdies werde mit der Massnahme auch auf Investitionen verzichtet, die generell älteren Personen, Touristen oder Personen mit Kinderwagen zu Gute kämen.

In Anbetracht der hohen Kosten, die aus den baulichen Anpassungen hervorgehen, halten es die **EVP** und der Kanton **FR** für zulässig, eine Etappierung in Erwägung zu ziehen.

Auslagerung der Aufsicht Luftverkehr in eine gebührenfinanzierte Organisationsform

Die **EVP** begrüsst die vorgeschlagene Massnahme.

2.2.14 Umwelt und Raumordnung

• Verzicht auf die Subventionierung neuer Abwasseranlagen

Die **EVP** begrüsst die vorgeschlagene Massnahme, denn der Bau von Abwasseranlagen sei Sache von Kantonen und Gemeinden. Dabei habe der Bund auf die Einhaltung des Gesetzes zu achten.

BPUK, die Kantone TI und VD sowie SSV und SAB lehnen die Massnahme ab, weil damit eine Lastenverschiebung auf Kantone, Städte und Gemeinden oder letztlich die Abwassergebührenzahlenden impliziert sei. Bevor neue Technologien in der Breite angewendet werden könnten, müssten sie in Pilotanlagen angemessen erprobt werden. In dieser Phase müsse sich der Bund finanziell und koordinierend engagieren, zumal er auch als Gesetzgeber strengere Mindeststandards bei der Wasserqualität festlege. Letzteres könne zusammen mit der vorgeschlagenen Massnahme zu Vollzugsproblemen führen. Hinzu komme, dass nur ein Teil der ARAs modernisiert werden müsse, was bei einer streng gebührenfinanzierten Lösung zu Ungleichbehandlungen zwischen den Leistungsempfängern führe. Die BPUK beantragt, dass auf Bundesebene eine Spezialfinanzierung eingerichtet wird.

2.2.15 Landwirtschaft

Economiesuisse kritisiert, dass im Bereich Landwirtschaft keine längerfristigen Reformen in Aussicht genommen werden. Die Diskussion über Ziele, Mittel, Wirtschaftlichkeit und Effektivität der Schweizer Agrarpolitik könne unabhängig von der Entwicklung der Freihandelsabkommen (WTO, EU) geführt werden. Insbesondere werde im Bericht nicht erwähnt, dass im Zusammenhang mit einem EU-Freihandelsabkommen Begleitmassnahmen in Milliardenhöhe vorgesehen sind, was den Bundeshaushalt belasten werde und in geeigneter Form zu kompensieren sei.

2.2.16 Wirtschaft

Der Kanton **ZG** fordert, dass die Regionalpolitik abgeschafft wird. Die NFA sei in der Absicht konzipiert worden, wirtschaftliche Differenzen zwischen den Regionen, die auf nicht beeinflussbare Standortfaktoren zurückzuführen sind, finanziell - aus einem System - auszugleichen. Die Neue Regionalpolitik sei daher systemfremd.

• Auslagerung des Bundesamtes für Metrologie (METAS)

Für **economiesuisse** ist das Sparpotential dieser Massnahme fraglich. Der **SGB** lehnt die Massnahme ab, da das Messwesen eine klassische öffentliche Aufgabe sei.

2.2.17 Energie und Forstwirtschaft

Haushaltneutrale Umsetzung der Aktionspläne Energieeffizienz und Erneuerbare Energien

Die **Grünen** sowie **Travail Suisse** sind gegen einen Verzicht auf zusätzliche Mittel in der Umsetzung der Aktionspläne Energieeffizienz und Erneuerbare Energien, da damit ein zukunftsträchtiger Wirtschaftsbereich tangiert werde, dem für Wettbewerbsfähigkeit und Wachstum (Arbeitsplätze) erhebliche Bedeutung beizumessen sei.

Der Kanton ZG hält die Massnahme für vertretbar, da sich die einzusparenden Mehrauslagen auf zahlreiche Adressaten mit verkraftbaren Anteilen verteilt.

2.3 Alternative Massnahmenvorschläge

Die **SVP** fordert grundsätzlich eine Ausdehnung des Entlastungsvolumens und unterbreitet eine Liste mit spezifischen Reduktions- und Verzichtsvorschlägen in praktisch allen Aufgabengebieten. Dazu zählt die Aufhebung verschiedener Bundesstellen und -behörden, der Verzicht bzw. die Reduktion von Tätigkeiten im Eigenbereich sowie von diversen Subventionen und Beiträgen im Transferbereich.

Die **SP** wendet sich grundsätzlich gegen eine Haushaltsanierung auf Basis von Leistungskürzungen und schlägt stattdessen eine Reihe von alternativen Massnahmen zur Haushaltstabilisierung vor, die punktuell auf der Einnahmenseite ansetzen. Darunter fallen namentlich die Bekämpfung von Steuerbetrug und -hinterziehung bei der Mehrwertsteuer, die Erhebung eines Stabilisierungsbeitrags des Finanzplatzes, die Ausklammerung von Investitionsausgaben des Bundes von der Schuldenbremse, die Einführung einer eidgenössischen Erbschaftssteuer sowie die Prüfung der bestehenden Steuervergünstigungen.

Auch **economiesuisse** unterbreitet eine Liste mit zusätzlichen Entlastungsmassnahmen, die sich zumindest teilweise bereits kurzfristig und ohne bzw. mit geringen Gesetzesänderungen umsetzen liessen.

Die SAB unterbreitet punktuell vier Vorschläge mit weiterem Reformpotential: Erstens sollen NFA-Grundsätze konsequent umgesetzt werden. Dazu zähle auch, dass in den Verbundaufgaben sowie in den an die Kantone abgetretenen Aufgaben der Overhead in der Bundesverwaltung angemessen abgebaut werde und die Effizienzgewinne konsequent eruiert und realisiert würden. Diese seien der Aufgabenüberprüfung anzurechnen. Zweitens bestünden weiterführende Sparpotentiale bei der Beschaffung von IT-Infrastruktur (Open-Source-Lösungen) sowie in der Zentralisierung. Drittens seien bei den Beständen des Bundespersonals namentlich in der Kommunikation Synergien zwischen den Departementen nutzbar. Viertens wäre bei der Schweizer Repräsentation im Ausland eine engere Zusammenarbeit zwischen Schweiz Tourismus und der Landwirtschaftlichen Werbung wünschbar.

Die Listen mit alternativen Massnahmenvorschlägen sind auf den Internetseiten der genannten Organisationen aufgeschaltet.

3 Ausblick

Der Bundesrat hat mit dem vorliegenden Bericht vom Ergebnis der Vernehmlassungen zum Bericht zur Umsetzungsplanung AÜP sowie zum KOP Kenntnis genommen. Er stellt fest, dass eine überwiegende Mehrheit der Vernehmlassungsteilnehmenden das Anliegen und die Ziele der Aufgabenüberprüfung unterstützen und das Projekt für wichtig halten. Deutlich vielfältiger und breiter ist das Spektrum der Stellungnahmen zum Bericht zur Umsetzungsplanung und dem darin unterbreiteten Reformpaket: Über eine breite Mitte der grundsätzlichen Zustimmung erstreckt es sich zwischen zwei Polen, die kontrovers viel mehr oder gar keine Reformen auf der Ausgabenseite fordern. Letztere haben - namentlich mit den Eingaben von SP und SVP - jeweils einen Katalog mit alternativen Vorschlägen unterbreitet.

Die breite Fächerung der Stellungnahmen zeigt, dass der Bundesrat mit dem Bericht zur Umsetzungsplanung einen Mittelweg vorgelegt hat, den es weiter zu verfolgen gilt. Demnach sollen in einem nächsten Schritt die einzelnen Massnahmen nach Massgabe der skizzierten Meilensteine und unter kritischer Berücksichtigung des Vernehmlassungsergebnisses konkretisiert werden. Dies geschieht auf zwei Wegen: Wo Verfassungs- oder Gesetzesanpassungen nötig sind, wird die Ausarbeitung der spezifischen Botschaftsentwürfe zu Handen der einzelnen Vernehmlassungen an die Hand genommen. Im Fall von Verordnungsanpassun-

gen sowie bei jenen Massnahmen, die keine Rechtsänderungen erfordern, erfolgen die Umsetzungsarbeiten gestützt auf die spezifischen Aufträge und Zeitpläne des Bundesrates. Bei der Ausarbeitung der Vorlagen werden die zuständigen Departemente auch die eingegangenen Stellungnahmen heranziehen.

Obwohl von verschiedener Seite Vorschläge für zusätzliche Reformen und Verzichte gemacht wurden, verzichtet der Bundesrat zum heutigen Zeitpunkt auf eine Ausweitung des Reformpakets und setzt die Priorität auf eine konsequente Umsetzung der vorliegenden Massnahmen. Im Rahmen der Festlegung der Eckdaten für die kommende Legislaturplanung und Legislaturfinanzplanung werden indes die Zielwachstumsraten für den Gesamthaushalt und die Aufgabengebiete überprüft werden müssen. Gemäss aktuellen Prognosen dürfte nämlich das nominelle BIP im Zeitraum 2008–2015 nicht wie den ursprünglichen Planungen zugrunde gelegt mit durchschnittlich 3 Prozent, sondern nur mit 2.5 Prozent wachsen. Zudem ist den Einnahmenausfällen durch die Steuerreformen (direkte Bundessteuer, Mehrwertsteuer) Rechnung zu tragen. Entsprechend müssen auch die Wachstumsrate für den Gesamthaushalt und in der Folge die Zielwachstumsraten für die einzelnen Aufgabengebiete nach unten korrigiert werden, damit das anvisierte Ziel einer stabilen Staatsquote erreicht werden kann. Dies kann zum Anlass genommen werden, das Prioritätenprofil – die relativen Wachstumsunterschiede zwischen den einzelnen Aufgabengebieten – zu überprüfen. Macht eine Anpassung der Zielwachstumsraten zusätzliche Massnahmen nötig, wird der Bundesrat auch die im Rahmen der Vernehmlassung gemachten Zusatzvorschläge in Betracht ziehen.

Die übergeordnete Steuerung der Aufgabenüberprüfung erfolgt im Rahmen des Budget- und Finanzplanungsprozesses. In diesem Rahmen wird der Fortschritt der einzelnen Projekte gestützt auf das Umsetzungscontrolling überwacht. Der Bundesrat wird jeweils im Rahmen der Finanzberichterstattung über die Ergebnisse der Aufgabenüberprüfung rapportieren. Als Grundlage dient die in Anhang II aufgeführte Umsetzungsplanung, die jede Reformmassnahme mit der erwarteten Haushaltentlastung und den wichtigsten Meilensteinen auf der Zeitachse fixiert.

Anhänge

- Liste der Vernehmlassungsteilnehmenden (Anhang I)
- Umsetzungsplanung AÜP: Massnahmen und Meilensteine (Anhang II)

Konsolidierungsprogramm 2011-2013 und Umsetzungsplanung Aufgabenüberprüfung

Liste der Vernehmlassungsteilnehmenden

A. Offizielle Vernehmlassungsteilnehmende

A1. Kantone und kantonale Direktorenkonferenzen

AI. r	Nantone und Kantonale Direktorenkomerenzen		
AG	Kanton Aargau	Canton d'Argovie	Cantone di Argovia
BL	Kanton Basel-Land	Canton de Bâle-Campagne	Cantone di Basilea Campagna
BS	Kanton Basel-Stadt	Canton de Bâle-Ville	Cantone di Basilea Città
FR	Kanton Freiburg	Canton de Fribourg	Cantone di Friburgo
GE	Kanton Genf	Canton de Genève	Cantone di Ginevra
GL	Kanton Glarus	Canton de Glaris	Cantone di Glarona
JU	Kanton Jura	Canton du Jura	Cantone del Giura
LU	Kanton Luzern	Canton de Lucerne	Cantone di Lucerna
SH	Kanton Schaffhausen	Canton de Schaffhouse	Cantone di Sciaffusa
TI	Kanton Tessin	Canton du Tessin	Cantone Ticino
TG	Kanton Thurgau	Canton de Thurgovie	Cantone di Turgovia
UR	Kanton Uri	Canton d'Uri	Cantone di Uri
VD	Kanton Waadt	Canton de Vaud	Cantone di Vaud
VS	Kanton Wallis	Canton du Valais	Cantone del Vallese
ZG	Kanton Zug	Canton de Zoug	Cantone di Zugo
KdK CdC	Konferenz der Kantonsregierungen	Conférence des Gouvernements cantonaux	Conferenza dei Governi cantonali
BPUK DTAP	Bau- Planungs- und Umweltdirektoren-Konferenz	Conférence suisse des directeurs cantonaux des travaux publics, de l'aménagement du territoire et de l'environ-	Conferenza svizzera dei direttori delle pubbliche costruzioni, della pianificazione e della protezione dell'ambien-
DCPA		nement	te
FoDK CDFo	Konferenz der kantonalen Forstdirektoren	Conférence des directeurs cantonaux des forêts	Conferenza dei direttori cantonali delle foreste
LDK CDCA	Konferenz kantonaler Landwirtschaftsdirektoren	Conférence des directeurs cantonaux de l'agriculture	Conferenza dei direttori cantonali dell'agricoltura
KÖV CTP	Konferenz der kantonalen Direktoren des öffentlichen Verkehrs	Conférence des directeurs cantonaux des transports publics	Conferenza dei direttori cantonali dei trasporti pubblici
SODK CDAS CDOS	Konferenz der kantonalen Sozialdirektoren und Sozialdirektorinnen	Conférence des directrices et directeurs cantonaux des affaires sociales	Conferenza dei direttori cantonali delle opere sociali

A2.	2. Parteien der Bundesversammlung			
CSP PCS	Christlich-soziale Partei	Parti chrétien-social	Partito cristiano sociale	
CVP PDC PPD	Christlichdemokratische Volkspartei	Parti démocrate-chrétien	Partito popolare democratico	
EDU UDF	Eidgenössisch-Demokratische Union	Union Démocratique Fédérale	Unione Democratica Federale	
EVP PEV	Evangelische Volkspartei	Parti évangélique	Partito evangelico	
FDP PLR	Die Liberalen	Les Libéraux-Radicaux	I Liberali	
Grüne Verts Verdi	Grüne Partei der Schweiz (GPS)	Les Verts (PES)	I Verdi (PES)	
SP PS	Sozialdemokratische Partei der Schweiz	Parti socialiste suisse	Partito socialista svizzero	
SVP UDC	Schweizerische Volkspartei	Union Démocratique du Centre	Unione Democratica di Centro	

A3.	A3. Schweizerische Dachverbände der Gemeinden, Städte und Berggebiete			
SAB	Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete	Groupement suisse pour les régions de montagne	Gruppo svizzero per le regioni di montagna	
SGV ACS	Schweizerischer Gemeindeverband	Association des Communes Suisses	Associazione dei Comuni Svizzeri	
SSV UVS UCS	Schweizerischer Städteverband	Union des Villes Suisses	Unione delle Città Svizzere	

A4. Schweizerische Dachverbände der Wirtschaft				
economiesuisse	economiesuisse	economiesuisse	economiesuisse	
KV / SEC / SIC	Kaufmännischer Verband	Société suisse des employés de commerce	Societé svizzera degli impiegati di commercio	
SAV / UPS / USI	Schweizerischer Arbeitgeberverband	Union patronale suisse	Unione svizzera degli imprenditori	
SBV / USP / USC	Schweizerischer Bauernverband	Union suisse des Paysans	Unione svizzera dei Contadini	
SGV / USAM	Schweizerischer Gewerbeverband	Union suisse des arts et métiers	Unione svizzera delle arti e mestieri	
SGB / USS	Schweizerischer Gewerkschaftsbund	Union syndicale suisse	Unione sindacale svizzera	
travail.suisse	Travail Suisse	Travail Suisse	Travail Suisse	

B1. Verschiedene Verbände, Organisationen un	d Agenturen	
Aids-Hilfe Schweiz	Aide suisse contre le sida	Aiuto aids svizzero
Aktionsgemeinschaft für die Wohnraumförderung	Communauté d'action pour la promotion du logement	Communauté d'action pour la promotion du logement
Arbeitsgemeinschaft für die provinzial-römische Forschung in der Schweiz (ARS)	Association pour l'archéologie romaine en Suisse (ARS)	Associazione per l'archeologia romana in svizzera (ARS)
Arbeitsgemeinschaft für die Urgeschichtsforschung in der Schweiz (AGUS)	Groupe de travail pour les recherches pré- et protohistoriques en Suisse (GPS)	Groupe de travail pour les recherches pré- et protohistoriques en Suisse (GPS)
Archäologie Schweiz	Archéologie Suisse	Archeologia Svizzera
a.r.h.a.m Association romande des historiens de l'art mo- numental	a.r.h.a.m Association romande des historiens de l'art mo- numental	a.r.h.a.m Association romande des historiens de l'art mo- numental
artho biovis	artho biovis	artho biovis
Arthur Edouard Ziegler	Arthur Edouard Ziegler	Arthur Edouard Ziegler
Association romande pour la protection des eaux et de l'air (ARPEA)	Association romande pour la protection des eaux et de l'air (ARPEA)	Association romande pour la protection des eaux et de l'air (ARPEA)
Association suisse des locataires - Section romande	Association suisse des locataires - Section romande	Association suisse des locataires - Section romande
ASTAG Schweizerischer Nutzfahrzeugverband	Association suisse des transports routiers (ASTAG)	Associazione svizzera dei trasportatori stradali (ASTAG)
Auslandschweizer-Organisation (ASO)	Organisation des Suisses de l'étranger (OSE)	Organizzazione degli Svizzeri all'estero (OSE)
BauenSchweiz (Dachorganisation der Schweizer Bauwirt-	constructionsuisse (Organisation nationale de la construc-	costruzionesvizzera (Organizzazione nazionale della costru-
schaft)	tion)	zione)
BiomassEnergie Die Informationsstelle von EnergieSchweiz	BiomassEnergie Le centre d'information du SuisseEnergie	BiomassEnergie Centro informazioni di SvizzeraEnergia
Bodenkundliche Gesellschaft der Schweiz (BGS)	Société suisse de pédologie (SSP)	Società svizzera di pedologia (SSP)
CardioVascSuisse	CardioVascSuisse	CardioVascSuisse
Centre Patronal	Centre Patronal	Centre Patronal
cemsuisse	cemsuisse	cemsuisse
CleantechAlps	CleantechAlps	CleantechAlps
Colloque des rédacteurs MAH et des historiens des monu-	Colloque des rédacteurs MAH et des historiens des monu-	Colloque des rédacteurs MAH et des historiens des monu-
ments régionaux	ments régionaux	ments régionaux
Écologie libérale	Écologie libérale	Écologie libérale
energie-cluster.ch	energie-cluster.ch	energie-cluster.ch
Fachverband Infra	Fédération Infra	Federazione Infra
Fédération des Entreprises Romandes	Fédération des Entreprises Romandes	Fédération des Entreprises Romandes
Fondation pour l'histoire des Suisses dans le monde	Fondation pour l'histoire des Suisses dans le monde	Fondation pour l'histoire des Suisses dans le monde
Frauenrechte Beider Basel	Frauenrechte Beider Basel	Frauenrechte Beider Basel
Gastro Suisse	Gastro Suisse	Gastro Suisse
Kollegium für Hausarztmedizin (KHM)	Collège de médecine de premier recours (CMPR)	Collegio di medicina di base (CMB)
Gesellschaft für Schweizerische Kunstgeschichte (GSK)	Société d'histoire de l'art en Suisse (SHAS)	Società di storia dell'arte in Svizzera (SSAS)
Gesellschaft Schweizer Tierärztinnen und Tierärzte	Société des vétérinaires suisses	Société des vétérinaires suisses

Gewerkschaft des Verkehrspersonals (SEV)	Syndicat du personnel des transports (SEV)	Sindacato del personale dei trasporti (SEV)
Gutsbetrieb St. Elisabeth	Gutsbetrieb St. Elisabeth	Gutsbetrieb St. Elisabeth
Interessengemeinschaft Energieintensive Branchen	Interessengemeinschaft Energieintensive Branchen	Interessengemeinschaft Energieintensive Branchen
Interessengemeinschaft Mitgliederpresse	Communauté d'intérêt de la presse associative	Comunità d'interessi Stampa associativa
Konferenz der regionalen Tourismusdirektoren der Schweiz (RDK)	Conférence des directeurs d'offices de tourisme régionaux de Suisse (CDR)	Conferenza dei direttori degli enti regionali svizzeri del turismo (CDR)
Konferenz der Schweizer Denkmalpflegerinnen und	Conférence suisse des conservatrices et conservateurs	Conferenza svizzera delle soprintendenti e dei soprinten-
Denkmalpfleger	de monuments	denti ai monumenti
Konferenz Schweizerischer Kantonsarchäologinnen und Kantonsarchäologen (KSKA)	Conférence suisse des archéologues cantonaux (CSAC)	Conferenza svizzera degli archeologi cantonali (CSAC)
Krebsliga Schweiz	Ligue suisse contre le cancer	Lega svizzera contro il cancro
LITRA Informationsdienst für den öffentlichen Verkehr	LITRA Service d'information pour les transports publics	LITRA Servizio d'informazione per i trasporti pubblici
myclimate	myclimate	myclimate
Nationale Arbeitsgemeinschaft Suchtpolitik	Coordination politique des addictions	Coordination politique des addictions
Nationale Informationsstelle für Kulturgüter-Erhaltung	Centre national d'information pour la conservation des biens culturels	Centro nazionale d'informazione per la conservazione dei beni culturali
Netzwerk Kinderbetreuung	Netzwerk Kinderbetreuung	Netzwerk Kinderbetreuung
Öbu works for sustainability	Öbu works for sustainability	Öbu works for sustainability
Procap Schweizerischer Invaliden-Verband	Procap - Association Suisse des Invalides	Procap - Associazione svizzera degli invalidi
Prométerre	Prométerre	Prométerre
Pro Natura	Pro Natura	Pro Natura
ProSpecieRara	ProSpecieRara	ProSpecieRara
Public Health Schweiz	Santé publique suisse	Salute pubblica svizzera
Rheumaliga Schweiz	Ligue suisse contre le rhumatisme	Lega svizzera contro il reumatismo
Schweizer Arbeitsgemeinschaft für klassische Archäologie (SAKA)	Association suisse d'archéologie classique (ASAC)	Associazione Svizzera di archeologia classica (ASAC)
Schweizer Geologenverband	Association suisse des géologues	Associazione svizzera dei geologi
Schweizer Heimatschutz	Patrimoine Suisse	Heimatschutz Svizzera
Schweizer Partikelfilter Verband	Schweizer Partikelfilter Verband	Schweizer Partikelfilter Verband
Schweizer Syndikat Medienschaffender	Syndicat suisse des mass media	Sindacato svizzero dei mass media
Schweizer Wanderwege	Suisse Rando	Sentieri Svizzeri
Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für Fundmünzen (SAF)	Groupe suisse pour l'étude des trouvailles monétaires (GSETM)	Gruppo svizzero per lo studio dei ritrovamenti monetali (GSSRM)
Schweizerische Arbeitsgemeinschaft zum Schutz der	Schweizerische Arbeitsgemeinschaft zum Schutz der	Schweizerische Arbeitsgemeinschaft zum Schutz der
Flüsse und Seen Aqua Viva	Flüsse und Seen Aqua Viva	Flüsse und Seen Aqua Viva
Schweizerischer Baumeisterverband	Société suisse des entrepreneurs	Società svizzera impresari costruttori
Schweizerischer Blinden- und Sehbehindertenverband	Fédération suisse des aveugles et malvoyants	Federazione svizzera dei ciechi e deboli di vista
Schweizerischer Burgenverein	Association suisse châteaux forts	Associazione svizzera dei castelli

Schweizerische Fachstelle Behinderte und öffentlicher	Bureau suisse Personnes handicapées et transports publics	Centro svizzero Persone con handicap e trasporti pubblici
Verkehr (BöV)	(HTP)	(HTP)
Schweizerische Flüchtlingshilfe	Organisation suisse d'aide aux réfugiés	Organisation suisse d'aide aux réfugiés
Schweizerischer Forstverein	Société forestière suisse	Società forestale svizzera
Schweizerischer Gehörlosenbund (SGB)	Fédération suisse des Sourds (FSS)	Federazione svizzera dei Sordi (FSS)
Schweizerische Gesellschaft für Hydrogeologie (SGH)	Société suisse d'hydrogéologie (SSH)	Società svizzera d'idrogeologia (SSI)
Schweizerische Gesundheitsligen-Konferenz	Conférence nationale suisse des ligues de la santé	Conferenza nazionale svizzera delle leghe per la salute
Schweizerische Konferenz der Gleichstellungsbeauftragten (SKG)	Conférence suisse des déléguées à l'égalité entre Femmes et Hommes (CSDE)	Conferenza svizzera delle delegate alla parità fra Donne e Uomini (CSP)
Schweizerische Herzstiftung	Fondation Suisse de Cardiologie	Fondazione Svizzera di Cardiologia
Schweizerischer Mieterinnen- und Mieterverband - Sektion Deutschschweiz	Schweizerischer Mieterinnen- und Mieterverband - Sektion Deutschschweiz	Schweizerischer Mieterinnen- und Mieterverband - Sektion Deutschschweiz
Schweizerische Offiziersgesellschaft (SOG)	Société suisse des officiers (SSO)	Società svizzera degli ufficiali (SSU)
Schweizerische Stiftung zur Förderung des Stillens	Fondation suisse pour la promotion de l'allaitement maternel	Fondazione svizzera per la promozione dell'allattamento al seno
Schweizer Tourismus-Verband (STV)	Fédération suisse du tourisme (FST)	Federazione svizzera del turismo (FST)
Schweizerischer Verband für Konservierung und Restaurierung	Association suisse de conservation et restauration	Associazione svizzera di conservazione e restauro
Schweizerischer Verband der Telekommunikation (asut)	Association suisse des télécommunications (asut)	Association suisse des télécommunications (asut)
Schweizerischer Verein des Gas- und Wasserfaches (SVGW)	Société Suisse de l'Industrie du Gaz et des Eaux (SSIGE)	Société Suisse de l'Industrie du Gaz et des Eaux (SSIGE)
Schweizerische Vereinigung der AOC-IGP	Association suisse des AOC-IGP	Association suisse des AOC-IGP
Schweizerische Vereinigung der Eigentümer historischer Wohnbauten	Association suisse des propriétaires de demeures historiques	Domus Antiqua Helvetica (associazione svizzera dei proprietari di dimore storiche)
Schweizerische Vereinigung für Schifffahrt und Hafenwirtschaft	Schweizerische Vereinigung für Schifffahrt und Hafenwirtschaft	Schweizerische Vereinigung für Schifffahrt und Hafenwirtschaft
Schweizerischer Verband für Umwelt Technik (SVUT)	L'association Suisse pour le techniques de l'environnement (SVUT)	Association suisse pour les techniques de l'environnement (SVUT)
Schweizerische Vogelwarte	Station ornithologique suisse	Stazione ornitologica svizzera
Stiftung für das Tier im Recht	Stiftung für das Tier im Recht	Stiftung für das Tier im Recht
Stiftung Landschaftsschutz Schweiz	Fondation suisse pour la protection et l'aménagement du paysage	Fondazione svizzera per la tutela del paesaggio
Stiftung Pro Aqua-Pro Vita	Fondation Pro Aqua-Pro Vita	Fondazione Pro Aqua-Pro Vita
Stiftung Zentrum für nachhaltige Abfall- und Ressourcennutzung ZAR	Stiftung Zentrum für nachhaltige Abfall- und Ressourcennutzung ZAR	Stiftung Zentrum für nachhaltige Abfall- und Ressourcennutzung ZAR
Sucht Info Schweiz/Fach Verband Sucht/GREA	Sucht Info Schweiz/Fach Verband Sucht/GREA	Sucht Info Schweiz/Fach Verband Sucht/GREA

sustanaible engineering network switzerland	sustanaible engineering network switzerland	sustanaible engineering network switzerland
swissmem	swissmem	swissmem
Schweizer Maschinen-, Elektro- und Metall-Industrie	L'industrie suisse des machines, des équipements électri-	L'industria metalmeccanica ed elettrica svizzera
	ques et des métaux	
Swiss Olympic	Swiss Olympic	Swiss Olympic
Swisscham - Africa	Swisscham - Africa	Swisscham - Africa
swisscleantech Association	swisscleantech Association	swisscleantech Association
Swisstransplant	Swisstransplant	Swisstransplant
Technik Thermische Maschinen (TTM)	Technik Thermische Maschinen (TTM)	Technik Thermische Maschinen (TTM)
Touring Club Schweiz (TCS)	Touring club suisse (TCS)	Touring club svizzero (TCS)
Trägerverein Culinarium	Trägerverein Culinarium	Trägerverein Culinarium
Transfair	Transfair	Transfair
Verband der Betreiber Schweizerischer Abfallverwertungs-	Association suisse des exploitants d'installations de traite-	Associazione svizzera dei dirigenti e gestori degli impianti di
anlagen (VBSA)	ment des déchets (ASED)	trattamento dei rifiuti (ASIR)
Verband Kindertagesstätten der Schweiz (KiTaS)	Association suisse des structures d'accueil de	Associazione svizzera strutture d'accoglienza per l'infanzia
	l'enfance (ASSAE)	(ASSAI)
Verband öffentlicher Verkehr (VöV)	Union des transports publics (UTP)	Unione dei trasporti pubblici (UTP)
Verband Schweizer Presse	Presse Suisse	Stampa Svizzera
Verband der Schweizer Studierendenschaften (VSS)	Union des étudiant-e-s de suisse (UNES)	Unione svizzera degli universitari (USU)
Verband der schweizerischen Tabakpflanzervereinigung	Fédération des associations suisses de planteurs de tabac	Fédération suisse des associations de planteurs de tabac
(Swiss Tabac)	(Swiss Tabac)	(SwissTabac)
Verband des Strassenverkehrs (FRS)	Fédération routière suisse (FRS)	Fédération routière suisse (FRS)
Verband der verladenden Wirtschaft (VAP)	Association des chargeurs (VAP)	Association des chargeurs (VAP)
Verbindung der Schweizer Ärztinnen und Ärzte	Fédération des médecins suisses	Federazione dei medici svizzeri
Verein Feministische Wissenschaft Schweiz	Association Femmes Féminisme Recherche Suisse	Association Suisse Femmes Féminisme Recherche
Verkehrs-Club der Schweiz (VCS)	Association Transports et Environnement (ATE)	Associazione Traffico e Ambiente (ATA)
Waldwirtschaft Schweiz	Economie forestière Suisse	Economia forestale Svizzera
WWF Schweiz	WWF Suisse	WWF Svizzera

B2. Behörden, öffentliche Organisationen, Hoch	schulen, Hochschulinstitute	
Amt für Umwelt und Energie, Kanton St. Gallen	Amt für Umwelt und Energie, Kanton St. Gallen	Amt für Umwelt und Energie, Kanton St. Gallen
Berner Fachhochschule Rektorat	Haute école spécialisée bernoise Rectorat	Haute école spécialisée bernoise Rectorat
Berner Fachhochschule Technik und Informatik	Haute école spécialisée bernoise Technique et informatique	Haute école spécialisée bernoise Technique et informatique
Berner Fachhochschule/Schweizerische Hochschule für Landwirtschaft (SHL)	Haute école spécialisée bernoise/Haute école suisse d'agronomie (HESA)	Haute école spécialisée bernoise/Haute école suisse d'agronomie (HESA)
Bundesstrafgericht	Tribunal pénal fédéral	Tribunale penale federale
Conservatoire et Jardin botaniques	Conservatoire et Jardin botaniques	Conservatoire et Jardin botaniques
Eidgenössische Fachhochschulkommission (EFHK)	Commission fédérale des hautes écoles spécialisées (CFHES)	Commissione federale delle scuole universitarie professionali (CFSUP)
Eidgenössische Kommission für Denkmalpflege (EKD)	Commission fédérale des monuments historiques (CFMH)	Commissione federale dei monumenti storici (CFMS)
EPFL/Institut Microtechnique (IMT)	EPFL/Institut Microtechnique (IMT)	EPFL/Institut Microtechnique (IMT)
ETH Insitut für Pflanzen-, Tier- und Agrarökosystem- Wissenschaften (IPAS) Tiergenetik	ETH Insitut für Pflanzen-, Tier- und Agrarökosystem- Wissenschaften (IPAS) Tiergenetik	ETH Insitut für Pflanzen-, Tier- und Agrarökosystem- Wissenschaften (IPAS) Tiergenetik
Fachhochschule Nordwestschweiz	Fachhochschule Nordwestschweiz	Fachhochschule Nordwestschweiz
Fachhochschule Nordwestschweiz/Institut für Aerosol- und Sensortechnik	Fachhochschule Nordwestschweiz/Institut für Aerosol- und Sensortechnik	Fachhochschule Nordwestschweiz/Institut für Aerosol- und Sensortechnik
Fachhochschule Ostschweiz (FHO)	Fachhochschule Ostschweiz (FHO)	Fachhochschule Ostschweiz (FHO)
Ökozentrum Langenbruck	Ökozentrum Langenbruck	Ökozentrum Langenbruck
Rektorenkonferenz der Schweizer Universitäten (crus.ch)	Conférences des Recteurs des hautes écoles spécialisés suisses (crus.ch)	Conferenza dei Rettori delle scuole universitarie professionali svizzere (crus.ch)
SASSA Fachkonferenz Soziale Arbeit der FH Schweiz	SASSA Conférence suisse des hautes écoles de travail sociale	SASSA Conferenza svizzera delle scuole universitarie pro- fessionali di lavoro sociale
Schweizer Filmarchiv	Cinémathèque suisse	Cineteca svizzera
Schweizerische Universitätskonferenz	Conférence universitaire suisse	Conferenza universitaria svizzera
Schweizerischer Nationalfonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung (SNF)	Fonds national suisse de la recherche scientifique (FNS)	Fondo nazionale svizzero per la ricerca scientifica (FNS)
Umwelt- und Gesundheitsschutz Stadt Zürich	Umwelt- und Gesundheitsschutz Stadt Zürich	Umwelt- und Gesundheitsschutz Stadt Zürich
Universität Freiburg Schweiz	Université de Fribourg Suisse	Université de Fribourg Suisse
Universität Neuchâtel	Université de Neuchâtel	Université de Neuchâtel
Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften ZHAW	Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften ZHAW	Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften ZHAW
Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften/Life	Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften/Life	Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften/Life
Sciences und Facility Management	Sciences und Facility Management	Sciences und Facility Management

B3. Bundeseigene oder bundesnahe Organisationen und Unternehmungen					
Rat der Eidgenössischen Technischen Hochschulen (ETH)	Rat der Eidgenössischen Technischen Hochschulen (ETH) Conseil des écoles polytechniques fédérales (CEPF) Consiglio dei politecnici federali (CPF)				
Eawag	Eawag	Eawag			
Paul Scherrer Institut	Paul Scherrer Institut	Istituto Paul Scherrer			
Post	La Post Suisse	La Posta svizzera			
Schweizerische Bundesbahnen (SBB)	Chemins de fer fédéraux suisses (CFF)	Ferrovie federali svizzere (FFS)			
Schweizerisches Nationalmuseum (SNM)	Musée national suisse (MNS)	Museo nazionale svizzero (MNS)			
SRG SSR idée suisse	Société suisse de radiodiffusion et télévision (SSR)	Società svizzera di radiotelevisione (SSR)			
Swisscom	Swisscom	Swisscom			

Firmen und Unternehmungen

Anhang I

B4. Firmen und Unternehmungen				
AAE Ahaus Alstätter Eisenbahn Cargo AG	AAE Ahaus Alstätter Eisenbahn Cargo AG	AAE Ahaus Alstätter Eisenbahn Cargo AG		
SUISAG Dienstleistungen in der Schweineproduktion	SUISAG Le centre de prestations pour la production porcine	SUISAG Le centre de prestations pour la production porcine		
Anicom AG	Anicom AG	Anicom AG		
Aquatec AG	Aquatec AG	Aquatec AG		
Batrec Industrie AG	Batrec Industrie AG	Batrec Industrie AG		
British American Tobacco Schwitzerland SA	British American Tobacco Schwitzerland SA	British American Tobacco Schwitzerland SA		
BSH Umweltservice AG	BSH Umweltservice AG	BSH Umweltservice AG		
Colt Telecom Services AG	Colt Telecom Services AG	Colt Telecom Services AG		
Charles Cahans Consulting	Charles Cahans Consulting	Charles Cahans Consulting		
Effizienzagentur Schweiz AG	Effizienzagentur Schweiz AG	Effizienzagentur Schweiz AG		
Emmi Schweiz AG	Marché EMMI SA	Marché EMMI SA		
EREP s.a.	EREP s.a.	EREP s.a.		
ESU-services fair consulting in sustainability	ESU-services fair consulting in sustainability	ESU-services fair consulting in sustainability		
Expo Centre SA	Expo Centre SA	Expo Centre SA		
Ferriere Cattaneo SA	Ferriere Cattaneo SA	Ferriere Cattaneo SA		
FILTECTA AG	FILTECTA AG	FILTECTA AG		
Finecom Telecommunications AG	Finecom Telecommunications AG	Finecom Telecommunications AG		
Furka Reibbeläge AG	Furka Reibbeläge AG	Furka Reibbeläge AG		
Gebr. Künzler Richterswil	Gebr. Künzler Richterswil	Gebr. Künzler Richterswil		
Gramitech SA	Gramitech SA	Gramitech SA		
Granit Green Networks SA	Granit Green Networks SA	Granit Green Networks SA		
Hertig & Lador SA	Hertig & Lador SA	Hertig & Lador SA		
Hug Engineering AG	Hug Engineering AG	Hug Engineering AG		
Hupac SA	Hupac SA	Hupac SA		
inNet Monitoring AG	inNet Monitoring AG	inNet Monitoring AG		
Interessengesellschaft für gesunde Schweine AG	Interessengesellschaft für gesunde Schweine AG	Interessengesellschaft für gesunde Schweine AG		
Jakob Bösch AG	Jakob Bösch AG	Jakob Bösch AG		
Josef Meyer Bogie AG	Josef Meyer Bogie AG	Josef Meyer Bogie AG		
Kanaltec AG	Kanaltec AG	Kanaltec AG		
Kellro Porcs AG	Kellro Porcs AG	Kellro Porcs AG		
Manometer AG	Manometer AG	Manometer AG		
Matter Engineering AG	Matter Engineering AG	Matter Engineering AG		
mcs Laboratory	mcs Laboratory	mcs Laboratory		
Mecana Umwelttechnik AG	Mecana Umwelttechnik AG	Mecana Umwelttechnik AG		
Migros	Migros	Migros		
Neue Fricktaler Zeitung AG	Neue Fricktaler Zeitung AG	Neue Fricktaler Zeitung AG		

Firmen und Unternehmungen

Anhang I

Orange	Orange	Orange
Philip Morris SA	Philip Morris SA	Philip Morris SA
Planet Horizons Technologies SA	Planet Horizons Technologies SA	Planet Horizons Technologies SA
PROSE AG	PROSE AG	PROSE AG
Remporc AG	Remporc AG	Remporc AG
Reuss Engineering AG	Reuss Engineering AG	Reuss Engineering AG
S & V Engineering AG	S & V Engineering AG	S & V Engineering AG
Schenker Korner + Partner GmbH	Schenker Korner + Partner GmbH	Schenker Korner + Partner GmbH
Scheuchzer SA	Scheuchzer SA	Scheuchzer SA
Schweinezucht Doggen AG	Schweinezucht Doggen AG	Schweinezucht Doggen AG
SPF AG	SPF AG	SPF AG
Sunrise	Sunrise	Sunrise
TFC Engineering AG	TFC Engineering AG	TFC Engineering AG
T-Link Management AG	T-Link Management AG	T-Link Management AG
UFA AG	UFA AG	UFA AG
Umtec Technologie AG	Umtec Technologie AG	Umtec Technologie AG
Up-to-date Umwelttechnik AG	Up-to-date Umwelttechnik AG	Up-to-date Umwelttechnik AG
Watersolutions AG	Watersolutions AG	Watersolutions AG
Zimmermann Verfahrenstechnik AG	Zimmermann Verfahrenstechnik AG	Zimmermann Verfahrenstechnik AG

B5. Landwirtschaftliche Verbände und Vereinige	ıngen			
Agro Marketing Suisse (AMS)	Agro Marketing Suisse (AMS)	Agro Marketing Suisse (AMS)		
apisuisse	apisuisse	apisuisse		
Arbeitsgemeinschaft Schweizerischer Rinderzüchter (ASR)	Communauté de travail des éleveurs bovins suisse (CTEBS)	Communauté de travail des éleveurs bovins suisse (CTEBS)		
Association des Groupements et Organisations Romands de l'Agriculture (AgorA)	Association des Groupements et Organisations Romands de l'Agriculture (AgorA)	Association des Groupements et Organisations Romands de l'Agriculture (AgorA)		
Association nationales des coopératives vitivinicoles suisses	Association nationale des coopératives vitivinicoles suisses	Association nationales des coopératives vitivinicoles suisses		
Association Suisse des Vignerons-Encaveurs Indépendants	Association Suisse des Vignerons-Encaveurs Indépendants	Association Suisse des Vignerons-Encaveurs Indépendants		
Association suisse pour un secteur agroalimentaire fort	Association suisse pour un secteur agroalimentaire fort	Association suisse pour un secteur agroalimentaire fort		
Bio Suisse	Bio Suisse	Bio Suisse		
Chambre d'agriculture du Jura Bernois	Chambre d'agriculture du Jura Bernois	Chambre d'agriculture du Jura Bernois		
Chambre jurassienne d'agriculture	Chambre jurassienne d'agriculture	Chambre jurassienne d'agriculture		
Chambre neuchâteloise d'agriculture et de viticulture	Chambre neuchâteloise d'agriculture et de viticulture	Chambre neuchâteloise d'agriculture et de viticulture		
Die Schweizer Käsespezialisten (FROMARTE)	Artisans suisses du fromage (FROMARTE)	Artisans suisses du fromage (FROMARTE)		
Entwicklung der Landwirtschaft und des ländlichen Raumes	Développement de l'agriculture et de l'espace rural	Sviluppo dell'agricoltura e delle aree rurali (Agridea)		
Fédérations des Associations Promotionnelles des Vins	Fédérations des Associations Promotionnelles des Vins	Fédérations des Associations Promotionnelles des Vins		
Vaudois - FAPVV	Vaudois - FAPVV	Vaudois - FAPVV		
Föderation der Schweizerischen Nahrungsmittel-Industrien	Fédération des industries alimentaires suisse	Federazione delle industrie alimentari svizzere		
Gallo Suisse	Gallo Suisse	Gallo Suisse		
Genossenschaft Prosus	Genossenschaft Prosus	Genossenschaft Prosus		
IG Regionalprodukte	IG Regionalprodukte	IG Regionalprodukte		
LOBAG	LOBAG	LOBAG		
Mutterkuh Schweiz	Vache mère Suisse	Vacca madre Svizzera		
Paritätische Kommission der Eierproduzenten und	Paritätische Kommission der Eierproduzenten und	Paritätische Kommission der Eierproduzenten und		
des Handels	des Handels	des Handels		
Proviande	Proviande	Proviande		
Schweinehaltergenossenschaft Appenzell	Schweinehaltergenossenschaft Appenzell	Schweinehaltergenossenschaft Appenzell		
Schweinevermarktung	Schweinevermarktung	Schweinevermarktung		
Schweizer Bäuerinnen- und Landfrauenverband	Union Suisse des paysannes et de femmes rurales	Unione svizzera delle donne contadine e rurale		
Schweizer Fachstelle für Zuckerrübenbau	Centre betteravier suisse	Centre betteravier suisse		
Schweizer Fleisch-Fachverband (SFF)	Union professionnelle suisse de la viande (UPSV)	Unione professionale svizzera della carne (UPSC)		
Schweizer Getreideproduzentenverband (SGPV)	Fédération suisse des producteurs de céréales (FSPC)	Federazione svizzera dei produttori di cereali (FSPC)		

Schweizer Milchproduzenten	Producteurs suisses de lait	Produttori svizzeri di latte
Schweizerische Arbeitsgemeinschaft haus- und landwirt-	Association suisse des conseillères(ers) en économie fami-	Association suisse des conseillères(ers) en économie fami-
schaftlicher BeraterInnen	liale et en agriculture	liale et en agriculture
Schweizerische Branchenorganisation Getreide, Ölsaaten	Organisation de la branche suisse des céréales, oléagineux	Organisation de la branche suisse des céréales, oléagineux
und Eiweisspflanzen	et protéagineux	et protéagineux
Schweizerische Kommission für die Erhaltung von Kultur-	Commission suisse pour la conservation des plantes culti-	Commissione svizzera per la conservazione delle piante col-
pflanzen	vées	tivate
Schweizerische Stiftung für die kulturhistorische und geneti-	Fondation suisse pour la diversité patrimoniale et génétique	Fondazione svizzera per la diversità socioculturale e geneti-
sche Vielfalt von Pflanzen und Tieren	liée aux végétaux et aux animaux	ca dei vegetali e degli animali
Schweizerische Vereinigung für Tierproduktion	Association suisse pour la production animale	Association suisse pour la production animale
Schweizerischer Schafzuchtverband	Fédération suisse d'élevage ovin	Federazione svizzera d'allevamento ovino
Schweizerischer Verband der Zuckerrübenpflanzer SVZ	Fédération suisse des betteraviers	Fédération suisse des betteraviers
Schweizerischer Verein der Schweinehalter	Schweizerischer Verein der Schweinehalter	Schweizerischer Verein der Schweinehalter
Schweizerischer Viehhändler-Verband	Syndicat suisse des marchands de bétail	Associazione svizzera negozianti di bestiame
Schweizerischer Weinbauernverband	Fédération suisse des vignerons	Federazione svizzera dei viticoltori
Schweizerischer Ziegenzuchtverband (SZZV)	Fédération suisse d'élevage caprin (FSEC)	Federazione svizzera allevamento caprino (FSAC)
Stiftung Aviforum zur Förderung der schweizerischen	Stiftung Aviforum zur Förderung der schweizerischen Geflü-	Stiftung Aviforum zur Förderung der schweizerischen Geflü-
Geflügelproduktion und -haltung	gelproduktion und -haltung	gelproduktion und -haltung
Schweizerische Schweinezucht- und Schweineproduzen-	Fédération suisse des éleveurs et producteurs de porcs	Fédération suisse des éleveurs et producteurs de porcs
tenverband suisseporcs		
Solothurnischer Bauernverband	Solothurnischer Bauernverband	Solothurnischer Bauernverband
St. Galler Bauernverband	St. Galler Bauernverband	St. Galler Bauernverband
Suisseporcs Sektion Mittelland-West	Suisseporcs Sektion Mittelland-West	Suisseporcs Sektion Mittelland-West
Genossenschaft Swissherdbook	Société coopérative swissherdbook	Société coopérative swissherdbook
Switzerland Cheese Marketing AG	Switzerland Cheese Marketing AG	Switzerland Cheese Marketing AG
Verband Schweizerischer Gemüseproduzenten	Union maraîchère suisse	Unione svizzera produttori di verdura
Walliser Landwirtschaftskammer	Chambre valaisanne d'agriculture	Chambre valaisanne d'agriculture
Zentralschweizer Bauernbund	Zentralschweizer Bauernbund	Zentralschweizer Bauernbund
Zuger Bauern-Verband	Zuger Bauern-Verband	Zuger Bauern-Verband

B6. Organisationen im Bereich Pferdewesen				
Association Equestre Neuchateloise	Association Equestre Neuchâteloise	Association Equestre Neuchateloise		
Association nationale du cheval Avenches	Association nationale du cheval Avenches ANCA	Association nationale du cheval Avenches ANCA		
Association Vaudoise pour la Défense de l'Infrastructure Indispensable au Cheval (AVIC)	Association Vaudoise pour la Défense de l'Infrastructure Indispensable au Cheval (AVIC)	Association Vaudoise pour la Défense de l'Infrastructure Indispensable au Cheval (AVIC)		
Association Vaudoise des Sociétés Hippiques	Association Vaudoise des Sociétés Hippiques	Association Vaudoise des Sociétés Hippiques		
Baselbieter Fahrverein	Baselbieter Fahrverein	Baselbieter Fahrverein		
Beratungsstelle für Unfallverhütung in der Landwirtschaft (BUL)	Service de prévention des accidents dans l'agriculture (SPAA)	Servizio per la prevenzione degli infortuni nell'agricoltura (SPIA)		
Bernischer Pferdezuchtverband	Fédération bernoise d'élevage chevalin	Fédération bernoise d'élevage chevalin		
Cooperativa allevamento equino Cantone Ticino e Distretto Moesa	Cooperativa allevamento equino Cantone Ticino e Distretto Moesa	Cooperativa allevamento equino Cantone Ticino e Distretto Moesa		
Deutscher Förderverein für Freiberger Pferde e.V.	Deutscher Förderverein für Freiberger Pferde e.V.	Deutscher Förderverein für Freiberger Pferde e.V.		
Distanzreiter Nordwest	Distanzreiter Nordwest	Distanzreiter Nordwest		
Fédération Équestre Romande	Fédération Équestre Romande	Fédération Équestre Romande		
Federazione Ticinese Sport Equestri (FTSE)	Federazione Ticinese Sport Equestri (FTSE)	Federazione Ticinese Sport Equestri (FTSE)		
Freiburgischer Verband für Pferdesport	Fédération fribourgeoise des sports équestres	Fédération fribourgeoise des sports équestres		
Freunde des Westernreitens Nordwest (FWN)	Freunde des Westernreitens Nordwest (FWN)	Freunde des Westernreitens Nordwest (FWN)		
Interdisziplinäre Arbeitsgruppe "Pferd Schweiz/Cheval Suisse"	Interdisziplinäre Arbeitsgruppe "Pferd Schweiz/Cheval Suisse"	Interdisziplinäre Arbeitsgruppe "Pferd Schweiz/Cheval Suisse"		
Interessengesellschaft Criollo-Schweiz	Interessengesellschaft Criollo-Schweiz	Interessengesellschaft Criollo-Schweiz		
Interessengemeinschaft für das Maultier	Interessengemeinschaft für das Maultier	Interessengemeinschaft für das Maultier		
Islandpferde-Vereinigung Schweiz (IPV CH)	Islandpferde-Vereinigung Schweiz (IPV CH)	Islandpferde-Vereinigung Schweiz (IPV CH)		
Luzerner Warmblutzucht Genossenschaft	Luzerner Warmblutzucht Genossenschaft	Luzerner Warmblutzucht Genossenschaft		
Nationales Pferdezentrum Bern	Centre Equestre National Berne	Centre Equestre National Berne		
Niederländischer Freiberger Verein	Niederländischer Freiberger Verein	Niederländischer Freiberger Verein		
Oberwalliser Pferdezuchtgenossenschaft	Oberwalliser Pferdezuchtgenossenschaft	Oberwalliser Pferdezuchtgenossenschaft		
Observatoire de la filière suisse du cheval	Observatoire de la filière suisse du cheval	Observatoire de la filière suisse du cheval		
Organisation der Arbeitswelt Pferdeberufe	Organisation du monde du travail, Métiers liés au cheval	Organizzazione del lavoro, Mestieri legati al cavallo		
Pferdesport mit handicap.ch	Sport équestre avec handicap.ch	Sport équestre avec handicap.ch		
Pferdezuchtgenossenschaft Aargau	Pferdezuchtgenossenschaft Aargau	Pferdezuchtgenossenschaft Aargau		
Pferdezuchtgenossenschaft beider Basel	Pferdezuchtgenossenschaft beider Basel	Pferdezuchtgenossenschaft beider Basel		
Pferdezuchtgenossenschaft Burgdorf I	Pferdezuchtgenossenschaft Burgdorf I	Pferdezuchtgenossenschaft Burgdorf I		
Pferdezuchtgenossenschaft Einsiedeln	Pferdezuchtgenossenschaft Einsiedeln	Pferdezuchtgenossenschaft Einsiedeln		
Pferdezuchtgenossenschaft Graubünden	Pferdezuchtgenossenschaft Graubünden	Pferdezuchtgenossenschaft Graubünden		
Pferdezuchtverein Rheintal und Umgebung	Pferdezuchtverein Rheintal und Umgebung	Pferdezuchtverein Rheintal und Umgebung		
PZG Passwang-Nord	PZG Passwang-Nord	PZG Passwang-Nord		

PZG Schwarzenburg	PZG Schwarzenburg	PZG Schwarzenburg		
Reit- + Fahrverein Laubberg, Gansingen	Reit + Fahrverein Laubberg, Gansingen	Reit + Fahrverein Laubberg, Gansingen		
Reitclub Leimental	Reitclub Leimental	Reitclub Leimental		
Reiterkameraden Aesch	Reiterkameraden Aesch	Reiterkameraden Aesch		
Reiterverein Dornechberg	Reiterverein Dornechberg	Reiterverein Dornechberg		
Reitgesellschaft Thayngen	Reitgesellschaft Thayngen	Reitgesellschaft Thayngen		
Reitverein Farnsburg	Reitverein Farnsburg	Reitverein Farnsburg		
Reitverein Laufen und Umgebung	Reitverein Laufen und Umgebung	Reitverein Laufen und Umgebung		
Schweizer Haflingerverband	Fédération Suisse des Haflinger	Fédération Suisse des Haflinger		
Schweizer Verband der Pferdehalter	Association suisse des détenteurs de chevaux	Association suisse des détenteurs de chevaux		
Schweizer Zuchtgenossenschaft für arabische Pferde	Syndicat suisse d'élevage des chevaux arabes	Consorzio Svizzero per l'allevamento dei cavalli arabi		
Schweizerische Interessengemeinschaft Eselfreunde SIGEF	Association suisse des amis des ânes	Associazione svizzera amici degli asini		
Schweizerische Vereinigung für Pferdemedizin	Association suisse de médecine équine	Association suisse de médecine équine		
Schweizerischer Freibergerzuchtverband	Fédération suisse d'élevage du cheval de la race des	Federazione Svizzera d'allevamento di razza Franches-		
	Franches-Montagnes	Montagnes		
Schweizerischer Friesenpferdeverband	Association suisse du Cheval Frison	Association du Cheval Frison		
Schweizerischer Shetlandpony - Verband (SSPV)	Fédération suisse du Poney Shetland (FSPS)	Fédération suisse du Poney Shetland (FSPS)		
Schweizerischer Verband des Berberpferdes	Association suisse du Cheval Barbe	Association suisse du Cheval Barbe		
Schweizerischer Verband für Pferdesport	Fédération suisse des sports équestres	Federazione svizzera sport equestri		
Schweizerischer Verband für Ponys und Kleinpferde	Fédération suisse des poneys et petits chevaux	Fédération suisse des poneys et petits chevaux		
Schweizerischer Verein der Züchter des Pferdes Reiner	Association suisse des éleveurs de chevaux de pure race	Association suisse des éleveurs de chevaux de pure race		
spanischer Rasse	espagnole	espagnole		
Solothurnische Warmblut-Pferdezucht-Genossenschaft	Solothurnische Warmblut-Pferdezucht-Genossenschaft	Solothurnische Warmblut-Pferdezucht-Genossenschaft		
Balsthal	Balsthal	Balsthal		
Sportpferdezuchtverein Bodensee	Sportpferdezuchtverein Bodensee	Sportpferdezuchtverein Bodensee		
Swiss Western Riding Association (SWRA)	Swiss Western Riding Association (SWRA)	Swiss Western Riding Association (SWRA)		
Syndicat Chevalin de Genève	Syndicat chevalin de Genève	Syndicat chevalin de Genève		
Syndicat Chevalin de la Veveyse	Syndicat chevalin de la Veveyse	Syndicat chevalin de la Veveyse		
Syndicat Chevalin Fribourgeois	Syndicat chevalin Fribourgeois	Syndicat chevalin Fribourgeois		
Syndicat chevalin Montagne de Diesse	Syndicat chevalin Montagne de Diesse	Syndicat chevalin Montagne de Diesse		
Syndicat Chevalin Vallée de Tavannes	Syndicat chevalin Vallée de Tavannes	Syndicat chevalin Vallée de Tavannes		
Syndicat vaudois d'élevage Chevalin	Syndicat vaudois d'élevage Chevalin	Syndicat vaudois d'élevage Chevalin		
Universität Bern/Pferdeklinik	Universität Bern/Pferdeklinik	Universität Bern/Pferdeklinik		
Verband Schweizer Concoursreiter	Association suisse des cavaliers de concours	Association suisse des cavaliers de concours		
Verband schweizerischer Pferdezuchtorganisationen	Fédération suisse des organisations d'élevage chevalin	Federazione svizzera delle organizzazioni		
		d'allevamento equino		
Verein IG-Pferdezucht Baselland und Umgebung	Verein IG-Pferdezucht Baselland und Umgebung	Verein IG-Pferdezucht Baselland und Umgebung		
Vereinigung Pferd	Association cheval	Association cheval		

Organisationen im Bereich Pferdewesen

Warmblutpferdezucht Genossenschaft Bern-Mittelland	Warmblutpferdezucht Genossenschaft Bern-Mittelland	Warmblutpferdezucht Genossenschaft Bern-Mittelland
Warmblutpferdezuchtgenossenschaft Bremgarten	Warmblutpferdezuchtgenossenschaft Bremgarten	Warmblutpferdezuchtgenossenschaft Bremgarten
Zuchtverband CH-Sportpferde	Fédération d'élevage du cheval de sport CH	Federazione d'allevamento del cavallo da sport CH

Zudem haben sich 743 Privatpersonen geäussert, wobei die Stellungnahmen schwergewichtig den Verzicht auf die Bundesbeiträge an Swissinfo betreffen.

Aufgabenüberprüfung des Bundes: Umsetzungsplanung (Massnahmen und Meilensteine)

1.9.2010

Mass	lassnahme Aufgabengebiet				Angestrebte Haushaltentlastung Meilensteine					
Ziffer	Titel	Rechtliche Anpassung	Bezeichnung	Dept.	2010	2011	2012	2013	2014	2015
1.2.1	Programm INSIEME	keine	Institut. und finanz. Voraussetzungen	EFD	Verabschiedung Zusatzkredit Ausschreibung erste WTO- Lose	Umsetzung des Informatikprojekts			6.0 Rollout INSIEME und Abschaltung der alten Lösungen	10.0
1.2.2	Effizienzsteigerungen im IKT-Bereich - Telekommunikationsstrategie - Zentralisierung Leistungserbringer IKT - Programm E-Government Finanzen	BinfV:SR 172.010.58	Institut. und finanz. Voraussetzungen	EFD	BR-Entscheid über Telekommunikationsstrategie (inkl. Fragen zu Telekommuni- kations-Sourcing)	Grundsatzentscheid BR zu Zentralisierung Leistungserbringer: Hälfte 2011	Start elektronische Rechnungsverarbeitung	5.0 • Flächendeckende Einführung elektronischer Rechnungsempfang		20.0
1.2.3	Straffung des Portfolios bei den zivilen Bundesbauten	keine	Institut. und finanz. Voraussetzungen	EFD	Evaluation der Teilportfolios	Umsetzung des Projekts				12.0
1.2.4	Zukünftige Ausrichtung von MeteoSchweiz	bei rechtl. Ver- selbständigung: Organisations-erlass	Institut. und finanz. Voraussetzungen	EDI	Abklärung einer rechtlichen Verselbständigung BR-Entscheid	n.q	. n.q.	n.q	. n.q	n.q.
1.2.5	Finanzielle Beteiligung der Kantone an der Erhebung von Geodaten	GeoIG SR 510.62	Institut. und finanz. Voraussetzungen	VBS			Entwurf Revision GeolG	Vernehmlassung und Botschaft	Parlamentarische Beratung	1.5 • Inkraftsetzung
1.2.6	Prüfung einer Reduktion der Anzahl gesellschaftsorientierter ausserparlamentarischer Kommissionen	ggf. Anhang 2 RVOV SR 172.010.1	Institut. und finanz. Voraussetzungen	ВК	Vorbereitung der Überrpüfung nach Art. 57d RVOG	Sammelantrag überprüfung und Gesamterneuerungs- wahlen BRB: Nov 2011	n.q.	n.c	n.c	n.q
1.2.7	Überprüfung der Ruhestandsregelungen bei besonderen Personalkategorien	BPV SR 172.220.111.3	Institut. und finanz. Voraussetzungen	EFD	Erarbeitung der Entlastungsvarianten	Erste Konsultation des Bundesrates: Mitte 2011		n.q	. n.c	n.q
2.2.1	Stabilisierung des Bestands des Grenzwachtkorps	keine	Ordnung und öffentliche Sicherheit	EFD	Gesamtschau Ressourcen	30.0° • Berichterstattung über Bestand GWK in Geschäftsbericht 2010	* 30.0*	30.0	* 30.0	30.0*

Mass	nahme		Angestrebte Haushaltentlastung Meilensteine							
Ziffer	Titel	Rechtliche Anpassung	Bezeichnung	Dept.	2010	2011	2012	2013	2014	2015
2.2.2	Zukünftige Ausrichtung des Schweizerischen Instituts für Rechtsvergleichung (SIR)	SR 425.1	Ordnung und öffentliche Sicherheit	EJPD	Evaluation von Varianten zur künftigen Ausrichtung des SIR und BR-Entscheid zum weiteren Vorgehen: Ende 2010			n.q.	n.q	p.n
3.2.1	Optimierung des Schweizerischen Aussennetzes	noch offen	Politische Beziehungen zum Ausland	EDA		BR-Aussprache über die Ausgestaltung: Hälfte 2011			30.0	30.0
3.2.2	Reform der Finanzierung von FIPOI-Darlehen	SR 192.12	Politische Beziehungen zum Ausland	EDA		BR-Aussprache über die Ausgestaltung: 1. Hälfte 2011			n.q.	n.q.
6.2.1	Weiterentwicklung der Sicherheitspolitik	MG, SR 510.10	Landesverteidigung	VBS	Verabschiedung sicherheitspolitischer Bericht und Armeebericht durch Bundesrat		Botschaften zu rechtlichen Anpassungen: Ende 2012	n.q.	n.q.	n.q.
6.2.2	Erschliessung von Synergiepotenzialen bei den Zivilen Nachrichtendiensten	ZNDG	Landesverteidigung	VBS		Umsetzung mit Eingaben VA2012/ FP2013-15	n.q.	n.q.	n.q.	n.q.
7.2.1	Priorisierungen in der Ressortforschung	FG, SR 420.1	Bildung und Forschung	EDI/EVD		Botschaft Totalrevision FIFG		Inkraftsetzung Ab Inkraftsetzung FIFG Umsetzung der Massnahme durch EDI via Steuerungs- ausschuss	30.0	30.0
8.2.1	Stabilisierung des J+S-Angebots sowie Beschränkung des Studienzugangs an der Eidg. Hochschule für Sport in Magglingen	SR 415.0	Kultur und Freizeit	VBS	Parl Beratung Sportförderungsgesetz	Rechtliche Verankerung Zugangsbeschränkung EHSM im Rahmen Umsetzung Sportförderungsgesetz	8.0* Weiterführung Aufnahmemoratorium J+S	8.0°	8.0*	8.0*
9.2.1	Neuregelung Prävention und Gesundheitsförderung	SIPGF	Gesundheit	EDI	Parlamentarische Beratung			Inkraftsetzung	7.5	7.5
10.2.1	Umfassende Rentenreform in der AHV und Neuregelung des Bundesbeitrags	AHVG, SR 831.10	Soziale Wohlfahrt	EDI	Bestimmung der Eckpfeiler der 12. AHV-Revision durch den Bundesrat Ende 2010					650.0* **

Massnahme Aufgabengebiet					Aufgabengebiet Angestrebte Haushaltentlastung Meilensteine					
Ziffer	Titel	Rechtliche Anpassung	Bezeichnung	Dept.	2010	2011	2012	2013	2014	2015
13.2.1	Stärkere Verursacherfinanzierung im Verkehr	SR 101	Verkehr	UVEK	Verabschiedung des Infrastruktur-Berichts: 2. Hälfte 2010					n.q
	Anpassung des Bundesbeschlusses über das Nationalstrassennetz: vollständige Kompensation des Mehraufwands	SR 725.11 SR 725.113.11 SR 725.116.2 SR 641.61	Verkehr	UVEK	Anhörung bei den Kantonen			305.0*	305.01	305.0*
	Reform regionaler Personenverkehr (RPV): Umstellung Bahn auf Bus	ARPV, SR 745.16 PBG, SR 745.1	Verkehr	UVEK		Vernehmlassung: 2. Hälfte 2011	Verabschiedung der Vorlage			n.q.
	Priorisierungen bei der Umsetzung von Baunormen im Bahnverkehr	SR 151.3 EBG, SR 742.101	Verkehr	UVEK		Vernehmlassung Änderung BehiG: Frühling 2011	30.0*	40.0*	60.0*	70.0*
	Auslagerung der Aufsicht Luftverkehr in eine gebührenfinanzierte Organisationsform	LFG, SR 748.0	Verkehr	UVEK			Eröffnung der Vernehmlassung: 1. Hälfte 2012		50.0	50.0
14.2.1	Verzicht auf die Subventionierung neuer Abwasseranlagen		Umwelt und Raumordnung		Verabschiedung Revision Gewässerschutzverordnung: 2. Hälfte 2010		2012	20.0*	30.0'	30.0*
	Auslagerung des Bundesamtes für Metrologie (METAS)		Wirtschaft	EJPD	Durchführung des Vernehmlassungsverfahrens: 1. Hälfte 2010 Verabschiedung von Botschaft und Gesetzesentwurf ans Parlament: 2. Hälfte 2010				1.0	
	Haushaltneutrale Umsetzung der Aktionspläne Energieeffizienz und Erneuerbare Energien	keine	Energie und Forstwirtschaft	UVEK		14.0	* 14.0*	14.0*	14.0*	14.0*
Total AÜ)P-Massnahmen					52.0	82.0	422.0	591.5	1'269.5

^{*} Vermeidung von Mehrbelastungen

^{**} Entspricht dem voraussichtlichen Defizit der AHV im Jahr 2015 gemäss Referenzszenario des BSV zum AHV-Haushalt (geltende Ordnung) vom 12.6.2009. Gemäss Szenario vom 30.3.2010 wird die AHV 2015 zwar noch einen Überschuss von rund 300 Millionen, 2020 hingegen ein Defizit von knapp 1 Millarde aufweisen.